Nr. 348. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6,75 Mk., monatl. 2,25 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Poſtbezug: Monatlich 2,25 Mk. exkl. Zuſtellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutſchland u. Oeſterreich-Ungarn ,60 Mk., für das übrige Ausland 5,60 Mk., bei täglich einmaliger Zuſtellung 7,50 Mk. Poſtbeſtellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Poſt-Zeitungs-Preisliſte.
Der „Vorwärts" erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile koſtet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 40 Pfg. (zuläſſig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 20 Pfg. Stellengeſuche und Schlafſtellenanzeigen das erſte Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuſchlag 50%. Familien-Anzeigen, politiſche und gewerkſchaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 19. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der A.- und S.-Kongress für die Reichsleitung

Der Kongreß der A.- und S.-Räte Deutſchlands hat geſtern ſeine Macht ausgeübt, indem er einen Antrag des Genoſſen Lüdemann mit gewaltiger Mehrheit zum Beſchluß erhob, bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalverſammlung die geſamte geſetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsleitung zu übertragen. Als vorläufige Ueberwachungsſtelle — denn keine Behörde darf ohne Kontrolle ſein — wird ein vom Kongreß zu wählender Zentralrat eingeſetzt, dem auch das Recht der Berufung ſowie Abberufung von Volksbeauftragten zuſteht. Zur Ueberwachung der Geſchäftsführung in den Reichsämtern ſind von der Reichsleitung den Staatsſekretären zwei Beigeordnete zu ſtellen, die aus den beiden ſozialdemokratiſchen Parteien zu entnehmen ſind. Vor der Berufung der Fachminiſter und der Beigeordneten iſt der Zentralrat zu hören.

Dieſer Beſchluß iſt darum von ſo großer Wichtigkeit, weil er geeignet iſt, den Uebergangszuſtand zu ſtabiliſieren, und weil er die Nationalverſammlung als die Inſtanz anerkennt, die berufen iſt, die Regierungsgewalt endgültig zu ordnen. Man braucht daher nicht mehr beſonders geſpannt darauf zu ſein, wie der Kongreß in den Fragen der Nationalverſammlung entſcheiden wird.

Freilich plant Spartakus für heute noch einen Budenzauber größten Stils. Liebknecht ſoll geſtern vor dem Abgeordnetenhaus erklärt haben, es ſei Zeit, „mit dem ganzen Unfug" des Rätekongreſſes ein Ende zu machen. Es iſt beabſichtigt, heute, trotzdem die Treptower Verſammlung vom Kongreß abgeſagt iſt, die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen, um gegen die Nationalverſammlung und gegen den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zu demonſtrieren.

In einer Großſtadt wie Berlin findet natürlich alles ſein Publikum. Aber denkende Arbeiter werden unter dieſem Publikum nicht zu finden ſein. Einem denkenden Arbeiter iſt es unmöglich, eine derartige Hanswurſterei mitzumachen: heute „Alle Macht den A.-und S.-Räten" zu rufen und morgen den Kongreß, in dem ſich die Macht der A.- und S.-Räte verkörpert, zu ſprengen.

Der Kongreß hat, indem er alle geſetzgebende und alle vollziehende Gewalt der Reichsleitung übertrug, auf die Schultern der Volksbeauftragten eine ſchwere Verantwortung geladen, er hat ihnen zugleich auch eine ſtarke Stütze gegeben. Er hat damit alle Verſuche der Gegenrevolution zur Ausſichtsloſigkeit verurteilt, alle Verſuche, durch Terror eine Minderheitsdiktatur zu ſchaffen, abgelehnt. Er hat gezeigt, daß die Arbeiterklaſſe reif iſt, die Geſchicke des ganzen Volkes in ihre Hände zu nehmen trotz aller Künſte der Quertreiber, die die Sache des Sozialismus kompromittieren und ſeine Ausſichten ſchädigen.

Ueberſiedlung der Sowjet-Regierung nach Niſchni-Nowgorod?

Die Entente-Invaſion.

Kopenhagen, 18. Dezember. Die Nordiſche Preß-Zentrale meldet aus Stockholm, daß nach dem Bericht eines aus Rußland zurückgekehrten däniſchen Diplomaten die Bolſchewiſten infolge der drohenden Entente-Invaſion Petersburg zu räumen beabſichtigen. Als Sitz der Sowjets iſt Niſchni-Nowgorod in Ausſicht genommen. Weiter wird berichtet, daß die Sowjets ein ſtehendes Revolutionsheer von einer Million Mann bilden wollen, das allmählich auf drei Millionen Mann gebracht werden ſoll. Die für dieſe Zwecke erforderlichen Milliarden ſollen durch Enteignung des kapitaliſtiſchen Privatvermögens aufgebracht werden.

Die Koſten des Krieges für Frankreich.

200 Milliarden Frank.

Haag, 18. Dezember. Holländiſch Nieuwsbureau meldet aus Paris: Von franzöſiſcher Seite wird feſtgeſtellt, daß der Krieg den franzöſiſchen Staat 147 Milliarden Frank gekoſtet hat. Außerhalb dieſer Summe betragen die Kriegsſchäden aller Art noch 50 Milliarden Frank, und zwar werden auch die Zinſen der erhöhten Staatsſchulden und die Penſionen der Kriegsbeſchädigten bei dem allgemeinen Schadenerſatz mit einberechnet werden müſſen.

Die Unruhen in Spanien und Portugal.

Eingreifen der Entente?

Haag, 18. Dezember. Der „Telegraaf" hält das Eingreifen Frankreichs und Englands bei weiteren Unruhen in Portugal für unvermeidlich, da dieſe eine Anarchie in Portugal und Spanien nicht dulden können.

Die Entente erkennt die A.- und S.-Räte nicht an.

Eine Antwort Marſchall Fochs.

Berlin, 18. Dezember. (WTB) Gegenüber vereinzelt laut gewordenen Zweifeln an der bekannt gewordenen ablehnenden Stellungnahme der Entente gegenüber den A.- und S.-Räten geben wir im folgenden eine von der Waffenſtillſtandskommiſſion ſtammende authentiſche Darſtellung des Sachverhalts:

Am 12. d. M. traf in Trier bei der Deutſchen Waffenſtillſtandskommiſſion folgendes Telegramm ein:

> Staatsſekretär Erzberger,
> Deutſche Waffenſtillſtandskommiſſion, Trier.
>
> Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach drahtet: Iſt für die feindlicherſeits beſetzten bzw. in dieſen Tagen zu beſetzenden Gebiete die ungehinderte Ausreiſe und Rückkehrmöglichkeit der zu der am 16. Dezember in Berlin ſtattfindenden Tagung der A.- und S.-Räte zu entſendenden Delegierten gewährleiſtet? Direkte umgehende Antwort erwünſcht.
>
> Auswärtiges Amt.

In Anbetracht der hohen Bedeutung dieſer Anfrage beauftragte der Vorſitzende der Deutſchen Waffenſtillſtandskommiſſion, Staatsſekretär Erzberger, ein Mitglied der Kommiſſion, ſich ſofort mit dem Oberkommando der Alliierten in Trier ins Benehmen zu ſetzen, um eine Entſcheidung in der wichtigen Frage umgehend herbeizuführen. Es fand eine Beſprechung zwiſchen dem deutſchen Herrn und einem Vertreter des alliierten Oberkommandos ſtatt, als deren Ergebnis Staatsſekretär Erzberger mitgeteilt wurde, daß die Entente unter keinen Umſtänden die Arbeiter- und Soldatenräte anerkenne.

Daraufhin wurde von der Waffenſtillſtandskommiſſion folgendes Antworttelegramm an das Auswärtige Amt aufgeſetzt:

> Auswärtiges Amt, Berlin.
>
> Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach hat angefragt, ob für die vom Feinde beſetzten Gebiete ungehinderte Ausreiſe und Rückkehrmöglichkeit der zu der Berliner Tagung vom 16. Dezember zu entſendenden Delegierten gewährleiſtet würde. Auf Anfrage bei Oberſter Heeresleitung Alliierter iſt erwidert worden, daß Alliierte Mächte Arbeiter- und Soldatenrat nicht anerkennen.
>
> Staatsſekretär Erzberger.

Dieſes Telegramm wurde zunächſt aber nicht abgeſandt, da Staatsſekretär Erzberger als Vorſitzender der Deutſchen Waffenſtillſtandskommiſſion ſich mit dem Beſcheid ſeitens eines Vertreters der Oberſten Heeresleitung der Alliierten nicht begnügen, ſondern bei der Wichtigkeit der Frage eine Entſcheidung aus Fochs eigenem Munde haben wollte.

Gelegenheit hierzu gab die zweite Sitzung der deutſchen Delegierten mit Marſchall Foch am 13. Dezembeer. Staatsſekretär Erzberger brachte am Schluß derſelben an der Hand des auf Grund des Beſcheides des Vertreters des alliierten Oberkommandos am Vortage aufgeſetzten Telegrammes die Angelegenheit zur Sprache und fragte an, ob der Beſcheid, wie er im Telegramm vorlag, tatſächlich der Auffaſſung des Marſchalls Foch und ſomit der Alliierten entſpreche. Marſchall Foch wurde das Telegramm deutſch und in franzöſiſcher Ueberſetzung vorgelegt. Schon bei der Kenntnisnahme des erſten die Anfrage des Arbeiter- und Soldatenrates in Kreuznach wiedergebenden Satzes gab Marſchall Foch ſeine ablehnende Stellungnahme zu erkennen. Zu dem Paſſus der Nichtanerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Entente erklärte er ausdrücklich, daß dieſer Beſcheid ſeines Vertreters völlig ſeiner und der Alliierten Auffaſſung entſpreche. Der engliſche Admiral Wemyß gab ſeinerſeits ſofort ſeiner Uebereinſtimmung mit Foch durch die Bemerkung „d'accord" (einverſtanden) Ausdruck.

Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit vorhanden. Konnte die Ablehnung der Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel durch einen engliſchen Admiral allenfalls noch als eine Privatmeinung desſelben betrachtet werden, ſo ſteht jetzt feſt, daß die Entente die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennt.

Die Entente hat ſchon ſeit langem zu erkennen gegeben, daß ſie von den Arbeiter- und Soldatenräten nichts wiſſen will. Sie erblickt darin den Beweis der bolſchewiſtiſchen Tendenzen der deutſchen Revolution und ſie hat die Niederkämpfung des Bolſchewismus ſich zum Ziel gemacht.

Spartakus für Kohlennot, Krawalle und feindliche Beſetzung.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geſchrieben:

Seit dem 8. d. M. iſt eine ſehr kritiſche Streikbewegung im Ruhrkohlengebiet ausgebrochen. Sie nahm ihren Ausgang von der Thyſſenſchen Zeche „Deutſcher Kaiſer" bei Hamborn mit einer Rieſenbelegſchaft. Nach kurzem Streik verkündete triumphierend die unabhängige „Freiheit" (Mühlheim-Ruhr"), ihren Genoſſen ſei es gelungen, große Erfolge für die Bergleute zu erreichen, u. a. 19,50 M. Hauerlohn. Daß dieſe „Erfolge" nur „erzielt" worden ſind durch ſchwerſte Bedrohung und zeitweiliger Freiheitsberaubung des Werkdirektors, ferner durch die Androhung der Zerſtörung der Werksanlagen (während der „Verhandlung" harrten zehntauſend aufgeregte Menſchen des Reſultats), das verſchwieg die „Freiheit" unter der Leitung des Herrn Minſter. Sie beſchönigte ſo den anarchiſtiſchen Gewaltakt, damit die Welt ſehe, daß die „Scheidemänner" und die Gewerkſchaften für die Arbeiter nichts herausholten. Die Werksdirektion hat, der Gewalt weichend, um die Zechenzerſtörung zu verhüten, die ſpartakiſtiſch-unabhängigen Forderungen zwar unterſchrieben, zwei Tage ſpäter aber erklärt, ſie erkenne keine Verpflichtung auf das erpreßte Zugeſtändnis an. Darauf erfolgte wieder die Arbeitseinſtellung der von Spartakiſten und ihnen geiſtig verwandten „Unabhängigen" „geführten" Belegſchaft. Von dort aus wurde der Ausſtand auf weitere Schächte im Oberhauſen-Mühlheim-Duisburger Revier und in den letzten Tagen dieſer Woche auch auf Zechen bei Eſſen und Gelſenkirchen übertragen.

Vor wenigen Wochen war die Mehrheit dieſer Belegſchaften noch gelb oder ohne jede Organiſation; an dieſe politiſch und volkswirtſchaftlich noch völlig ungeſchulten Arbeitergruppen traten ſpartakiſche Emiſſäre heran, beriefen Verſammlungen ein, wo ſofortige Mindeſtlöhne von 19 bis 20 Mark, Sechsſtundenſchicht, Betriebsräte u. a. m. gefordert wurden, ferner „ſämtliche Bergarbeiterorganiſationen abgeſchafft" wurden und dabei — wohl der Hauptzweck — in der gewiſſenloſeſten Weiſe die „Regierung Ebert-Haaſe, die ſich mit den Imperialiſten im Auslande verbunden hat", verleumdet wird. Das „zieht". Im Handumdrehen „liegen die Brocken". Die in Mühlheim-Ruhr ſeit einigen Wochen erſcheinende unabhängige „Freiheit" iſt offenſichtlich mit dieſem ruinöſen Treiben einverſtanden. Daß die große Kohlennot durch dieſe angeblich „ſpontanen" Streiks zuſehends noch vergrößert wird und daß die Erfüllung der ohne Beſinnung auf die wirtſchaftlichen Möglichkeiten den Belegſchaften imputierten Forderungen eine ſehr bedeutende Verteuerung der Kohlenförderung, das heißt weitere Preisſteigerungen bedingt, daran ſtören ſich die Bolſchewiki nicht. Wir werden gleich ſehen, warum nicht.

Eine Zeche bei Eſſen, die in das linksrheiniſche Gebiet (Neuß) Leuchtgas zu liefern hat, iſt durch das „Eingreifen" zweier Spartakusleute glücklich in den Streik getrieben worden. Auf die Erklärung, wenn das von Belgiern beſetzte Neuß kein Gas erhalte, ſei die betr. Waffenſtillſtandsbedingung nicht erfüllt und die feindliche Beſetzung ſtehe bevor, erfolgte die bezeichnende Antwort: „Das iſt uns gleichgültig!" Ohne Feigenblatt zeigte ein Spartakiſt aus Düſſeldorf ſeine Abſichten, der ſich am Freitag in Caſtrop (bei Dortmund) einfand und dem A.- und S.-Rat mitteilte, es müſſe eine „Maſſenverſammlung" für die Bergarbeiter ſtattfinden, um Lohnerhöhung und Schichtverkürzung zu beſchließen. Zwiſchen dem Spartakiſten und dem A.- und S.-Rat entwickelte ſich nun folgender Dialog (ſinngemäß):

A.- und S.-Rat: „Die Bergarbeiter werden durch ihre Organiſation vertreten, die verhandeln mit dem Zechenverband. Streiks ſind jetzt zu vermeiden, wir brauchen Kohle." — Spartakiſt: „Wir vertreten die Arbeitermaſſen. Der Streik erhöht die revolutionäre Energie." — A.- und S.-Rat: „Wenn die Kohlennot noch größer wird, wächſt die Arbeitsloſigkeit und wir bekommen Krawalle." — Spartakiſt: „Das ſchadet nichts, das wollen wir gerade!" — A.- und S.-Rat: „Entſtehen Krawalle, dann bekommen wir feindliche Beſetzung!" — Spartakiſt: „Das wollen wir gerade! Die feindliche Beſetzung wird auch

Nr. 348 ◆ 35. Jahrgang
Beilage des Vorwärts
Donnerstag, 19. Dezember 1918

Kongreß der A.- und S.-Räte.

(Fortſetzung aus der Abendausgabe.)

Haller (Führer der eingedrungenen Deputation) beginnt mit einer vom Vorſitzenden raſch niedergeklingelten Bemerkung über die Rechte der Zuhörer, die in der franzöſiſchen Revolution genau ſo mitdebattiert hätten wie die Konventsmitglieder. Dann verlieſt er „im Namen von 250 000 Arbeitern" (Lachen) die bereits am Montag von den Spartakusleuten überreichten allbekannten Forderungen. Er fügt der Verleſung hinzu: Das bedeutet natürlich: Nieder mit der Nationalverſammlung und alle Macht den Räten!

Da Haller trotz des Läutens des Vorſitzenden weiter ſpricht, erklärt ihm Leinert unter allgemeiner Heiterkeit, er müſſe ſich daran gewöhnen, wenn die Glocke ertöne, ſtill zu ſein.

Haller verlangt dann noch die feierliche Beſtattung der 14 Opfer des 6. Dezember.

Leinert erklärt, daß der Kongreß dieſe Forderungen zur Kenntnis nehme und über ſie mitentſcheiden werde. Er erſucht, nunmehr dem Kongreß die Arbeitsmöglichkeit wiederzugeben.

Die Deputation zieht ab, wobei ihre Mitglieder noch lebhafte Auseinanderſetzungen mit Ledebour und Barth pflegen und Rufe ausſtoßen, wie. Die Arbeiter ſind der Meinung, daß ihre Intereſſen hier nicht vertreten werden! Nieder mit der Reaktion! Auch hier herrſcht die Reaktion! und dergleichen mehr.

Nunmehr kann

Volksbeauftragter **Barth** ſeine perſönliche Bemerkung machen, indem er den ihm von Ebert gemachten Vorwurf unkollegialen Verhaltens als nicht berechtigt zurückweiſt, weil er geſtern nichts gegen einſtimmig gefaßte Kabinettsbeſchlüſſe geſagt, ſondern ebenſo wie andere Kabinettsmitglieder auch außerhalb des Kabinetts ſeine dort ſchon vorgetragene Meinung über das Notwendige wiederholt habe.

Es folgt das Schlußwort des Berichterſtatters des Vollzugsrats

Richard Müller:

Auch hier hat ſich wieder gezeigt, daß die Führer des Volkes oft die Stimme des Volkes nicht hören wollen. Wir im Vollzugsrat waren uns bewußt, daß wir der Revolution geben müßten, was wir ihr ſchuldig ſind, daher kam der Konflikt. Unſere Unterſchriften mußten wir unter alle möglichen Verfügungen von Behörden ſetzen, weil ſonſt die Räte in der Provinz nicht danach gehandelt hätten. Auch ich könnte erklären, daß Ebert, Haaſe völlig ungeeignete, weitgehende Vollmachten erteilt haben, aber ich erhebe daraus keinen Vorwurf, uns gegenüber geſchieht es. Wenn man ſich vergegenwärtigt, daß die Vollzugsratsmitglieder nicht nur ſich ſelbſt außer Hauſe verpflegen, ſondern auch ihre Familien verſorgen mußten, erſcheinen die 50 M. Taggeld in ganz anderem Licht. Mit der Ueberführung des Thyſſen uſw. nach Berlin haben wir nichts mehr zu tun, als daß wir einige mittelloſe Genoſſen, die die Verhafteten hierher gebracht haben, unterſtützt hatten. Wir haben den Vollzugsrat durch Vertreter aus dem Reiche und aus der Armee verſtärkt, wie kann man da von Berliner Diktatur reden. Erregt wendet ſich der Redner dann gegen die Korreſpondenz Hofrichter und den „Vorwärts" in Sachen des „800 Millionenſchwindels". Ganz unberechtigt iſt der Vorwurf, wir hätten zuviel Geld für Telegramme ausgegeben, denn man hat uns geſagt, wir ſollten mehr aufklären. Seit Wochen verhetzt der „Vorwärts" die Arbeiter und Soldaten durch falſche Nachrichten, die er aus Auslandsblättern nimmt, welche die alte Regierung gekauft hat. Es war uns gelungen, die 40 Funkenſtationen zu vereinigen, aus dem Rat der Volksbeauftragten kamen aber die Beſtrebungen, dieſe Organiſation zu zerſchlagen. Ein Herr war es ganz beſonders. (Zuruf: Namen nennen! — **Scheidemann**: Nennen Sie doch den Namen!) Sie waren es, Herr Scheidemann! (Scheidemann: Sie ſind ja nicht recht geſcheit!) Dann erzählt Müller die bekannten Geſchichten des Telefunkenſtreites. Am ſtärkſten hetzt der „Vorwärts" gegen mich. Erſt heute ſchreibt er.

Richard I. — Wilhelm II.

Wenn wir mit dem Rat der Volksbeauftragten in Konflikt gekommen ſind, dann iſt das nicht zu verwundern. Heute noch ſitzen im Auswärtigen Amt und im Kriegsminiſterium die alten Leute, deren Abſetzung wir ſofort verlangten. Auch der Schwindel, die Entente verhandle nicht mit den Arbeiter- und Soldatenräten, ſtammt aus dieſen Aemtern. Hermann Müller hat mir den Vorwurf gemacht, ich habe durch meine Rede im Zirkus Buſch den Vollzugsrat in Mißkredit gebracht. Hätte man uns 1916 unterſtützt ſtatt verfolgt, dann ſähe es in Deutſchland jetzt anders aus. (Lebhafter Beifall auch auf den Tribünen.) Wir haben den richtigen Weg gezeigt und es wird ſich zeigen, ob er ſich auch ferner als der richtige erweiſen wird. (Lebhafter Beifall.)

Dittmann:

In der Diskuſſion hat die Gegenrevolution eine große Rolle geſpielt und die geſtern von Braß angeführten Beiſpiele haben tiefen Eindruck gemacht. Ich habe in meinem Referat geſagt, daß viele Offiziere konterrevolutionäre Gefühle haben, aber die große Mehrheit der Soldaten denke anders. Ich habe auch geſagt, daß wir gegen alle Konterrevolutionäre aufgetreten ſind, und zwar ſofort. Wir ſind ferner ſofort gegen das Herabreißen roter Fahnen, das Auflöſen der A.- und S.-Räte und die Verhaftung ihrer Mitglieder eingeſchritten. Ledebour hat behauptet, das Generalkommando Lequis ſei zwar zur Regelung des Einzuges gebildet, aber es haben ſicher konterrevolutionäre Gedanken dahintergeſtanden. Gemeinſam mit den Militärs dieſes Generalkommandos haben wir am Montag des Einzuges die Maßnahmen beraten, die zu ergreifen ſeien, um es beim Einzug nicht zu Zuſammenſtößen kommen zu laſſen. Dabei wurde auch über die Vereidigung verhandelt, und ein Eid auf die einige ſozialiſtiſche Republik beſchloſſen. (Zwiſchenruf **Scheidemanns**:

Der Beſchluß iſt einſtimmig gefaßt worden.)

Daher konnte Ledebour auch am Sonnabend noch nicht von der Vereidigung erfahren. Die Vereidigung haben wir vorgenommen, um auf die teilweiſe noch unaufgeklärten Truppen im Sinne der Revolution einzuwirken. Wir verwahren uns gegen die Unterſchiebung, als wollten wir mit der Vereidigung dem Vollzugsrat einen Hieb verſetzen. Ledebours Vorwurf gegen Ebert hat er mit derſelben Schärfe in einer gemeinſamen Sitzung des Vollzugsrates und des Rats der Volksbeauftragten erhoben.

Von den 35 Mitgliedern des Vollzugsrates ſtimmten 5 für die Amtsenthebung Eberts.

Die anderen 30 dagegen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe, nachdem die Ausſprache beendet iſt, den Eindruck gewonnen, daß eine Klärung eingetreten iſt und daß wir, anſtatt weiter gegenſeitig Vorwürfe zu erheben, an die uns zunächſt liegenden Aufgaben denken ſollen. So notwendig wir in der erſten Zeit der Revolution die Offiziere gebrauchten, ſo gut können wir jetzt einen großen Teil nach Ueberwindung der erſten Schwierigkeiten entbehren. Es ging uns in der erſten Zeit auch gegen den Strich, mit den Offizieren zuſammenzuarbeiten, aber unſere Sorge mußte es ſein, die Millionenheere ungefährdet über den Rhein zu bringen. Gegen das, was ich über die Geſchichte der Revolution ſagte, wird niemand Widerſpruch erheben können. Ich mußte meinen Bericht neutral geben. (Zwiſchenruf Ledebours: „Schöne Neutralität!" Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Zu unſeren dringendſten Aufgaben gehören die bevorſtehenden Wahlen zur Nationalverſammlung. Sie können nur **dann zu einem Erfolg führen, wenn das geſamte Proletariat eine geſchloſſene Kampffront** bildet. (Beifall.) Man iſt ſich ja vielfach gar nicht klar über den Zweck der Nationalverſammlung. Es handelt ſich bei ihr um das Parlament, das zu dem einzigen Zweck gewählt werden ſoll, das Grundgeſetz für das Deutſche Reich feſtzulegen. (Zuſtimmung.) Und da bin ich allerdings der Meinung, daß über alle Parteidifferenzen hinweg das ganze deutſche Proletariat ein dringendes Intereſſe daran hat, alle ſeine Kräfte zuſammenzufaſſen, um in einem ſolchen Grundgeſetz die Errungenſchaften der Revolution zu ſichern. (Stürmiſcher Beifall.) Ich halte noch heute die Kriegspolitik Scheidemanns für falſch. Gerade ich hätte ein weitgehendes Recht, Haß und Erbitterung mitſprechen zu laſſen. Aber ich ſtehe auf dem Standpunkt, daß bei der Erledigung großer politiſcher Fragen alle dieſe Dinge auszuſcheiden haben. (Stürmiſcher Beifall.) Der Wahlkampf wird ausgefochten werden unter der Parole:

Hie Kapitalismus, hie Sozialismus!

Da gibt es für uns nur eine Entſcheidung! **Die Maſſen werden zuſammenkommen, wenn es ſein muß gegen den Willen der Führer.** (Beifall.) Wir müſſen uns nach den Verhältniſſen richten, wie ſie einmal ſind, nicht, wie wir ſie gern haben möchten. Die Maſſen wollen die Nationalverſammlung, darüber kann gar kein Zweifel beſtehen. Die Führer müſſen die Werkzeuge der Maſſen ſein. (Beifall.) Gewiß haben ſie das Recht, die Volksmaſſen für ihre Meinung zu gewinnen, aber eine Politik gegen den Willen der Maſſen iſt unmöglich. (Sehr richtig!) Erſt kommt der Gegenſatz von Klaſſe zu Klaſſe und erſt dann der Gegenſatz unter den Parteien. Wenn das einige deutſche Proletariat ſich ſeiner Pflichten bewußt iſt, wenn es zuſammenſteht im gemeinſamen Kampf gegen den Kapitalismus, dann brauchen wir über den Ausgang der Wahlen nicht beſorgt zu ſein. (Stürmiſcher Beifall.)

Es folgt eine Flut von perſönlichen Bemerkungen.

Scheidemann bedauert, daß Richard Müller neue Anklagen im Schlußwort erhoben und mit dieſer Einrichtung daher Mißbrauch getrieben hat. Er hätte ſich die ausgezeichnete Rede Dittmanns zum Muſter nehmen ſollen. (Beifall.)

Landsberg: Auch ich hätte das gewünſcht. **Was ich gegen den Vollzugsrat geſagt habe, hat Müller nicht widerlegen können.**

Ledebour verſucht ſachliche Ausführungen in Form der perſönlichen Bemerkung zu kleiden und wird häufig vom Vorſitzenden und der Verſammlung unterbrochen. Als er dem Vorſitzenden „ſinnloſe Unterbrechungen" vorwirft, wird er zur Ordnung gerufen. Weitere ſachliche Ausführungen werden durch Schlußrufe der Verſammlung unterbrochen. Ledebour verbittet ſich in großer Erregung ſolche Vergewaltigungsverſuche und wirft dem Präſidenten vor, daß er ſchlimmer als je ein bürgerlicher Parlamentspräſident vorgehe. Er bleibt dabei, daß Dittmann, nur um ſeine Verſchmelzungstheorie der ſozialiſtiſchen Parteien zu rechtfertigen, auf die notwendigen grundſätzlichen Auseinanderſetzungen Verzicht leiſten wolle. In den Augen aller wahren Sozialiſten ſei Dittmann gerichtet. (Ziſchen und Beifall.)

Limbertz-Eſſen: Was ich gegen den Vollzugsrat geſagt habe, iſt abſolut richtig! (Ledebour: Schämen Sie ſich! — Großer Lärm.)

Richard **Müller** wendet ſich erneut gegen Scheidemann. Dittmann beſtreitet, einer Verſchmelzung das Wort geredet zu haben, wohl aber halte er feſt an der **Notwendigkeit eines geſchloſſenen Vorgehens im Wahlkampf.**

Nach weiteren endloſen perſönlichen Erklärungen teilt

Vorſitzender **Leinert** mit, daß ſich eine Fraktion der Geeinten Revolutionären Arbeiter und Soldaten gebildet hat. Eine Delegation der Eliſabether iſt erſchienen und verhandelt im Miniſterſaal mit den Fraktionsvertretern.

Erſt gegen ½3 Uhr tritt die Mittagspauſe ein.

Die Nachmittagsſitzung

wird von Leinert nach ½5 Uhr eröffnet.

Er verlieſt eine Erklärung des Vollzugsratsmitgliedes Bieh, die unter Anführung von Einzelheiten feſtſtellt, daß verſchiedene gegen Wels erhobene Angriffe, ſo in der Sache Marten, unbegründet ſind.

Verleſen wird weiter folgende Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats des ſtellvertretenden Generalſtabs Berlin:

> Zu der Mitteilung des Vollzugsratsmitgliedes Mahnz, daß ihm 450 000 Frank von einem gewiſſen Ettiſch überwieſen ſeien, bemerken wir: 600 000 Frank wurden am 11. November widerrechtlich von einem Herrn Dette, der von den Herren Barth und Ledebour bevollmächtigt war, den Generalſtab zu beſetzen, beſchlagnahmt. Wir ſprechen dem Vollzugsrat das Recht ab, über unſere Köpfe hinweg und ohne ſich auch mit dem Generalſtab in Verbindung zu ſetzen, über jene Gelder zu verfügen und verlangen Rückerſtattung dieſer Summe an den Generalſtab.
>
> ges. Heilbronn, Seuwen.

Es folgt

die Abſtimmung über folgende Anträge.

Ein Antrag **Leviné-Eſſen** (ruſſiſcher Bolſchewik), der Kongreß erkläre, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf die ſyſtematiſche Vernichtung der Macht der Räte hinauslaufe und dadurch zur Stärkung der Gegenrevolution diene, wird gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag **Köhnen-Halle**, wonach die Herausgeber kapitaliſtiſcher Tageszeitungen in ihrer Geſchäftsführung unter Reichskontrolle geſtellt werden und ihnen nur noch eine vierprozentige Verzinſung ihres Anlagekapitals mit Rückwirkung auf das laufende Geſchäftsjahr zuſteht, jeder höhere Ueberſchuß aber der Reichskaſſe verfällt, wird auf Wunſch des Antragſtellers dem Vollzugsrat überwieſen.

Ein Antrag **Ziegler-Württemberg**, die Zurückweiſung der Vertreter der ruſſiſchen Sowjetregierung zu verurteilen und die Wiedereinſtellung freundſchaftlicher Beziehungen zum Sowjetrußland zu verlangen, wird zurückgezogen.

Ein Antrag **Braß-Remſcheid**, ſofort alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Konterrevolution zu ergreifen, wird angenommen.

Ein Antrag **Geyer**, den militäriſchen Grenzſchutz im Weſten ſofort aufzuheben und den Grenzſchutz einem von den Arbeiter- und Soldatenräten gebildeten Sicherheitsdienſt zu übertragen, wird gegen die Unabhängigen und Linksradikalen abgelehnt.

Desgleichen wird folgender Antrag des Volksbeauftragten Barth abgelehnt: „Jedweder Grenzſchutz, der zur Demobiliſation nicht notwendig iſt, iſt im Oſten wie im Weſten ſofort aufzuheben, alle Truppen ſind ſofort zu demobiliſieren, alle Offiziere bei der Ankunft in der Garniſon zu entlaſſen, wobei die Koſten der Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf übernommen und bei älteren oder kranken Offizieren Penſionen gezahlt werden; die Volkswehr iſt ſchnellſtens in ausreichender Weiſe zu ſchaffen."

Ein Antrag **Bähle**, dahin zu wirken, daß bei den Vorfriedensverhandlungen in allererſter Linie der Austauſch der Gefangenen geſichert und mit allen Mitteln danach getrachtet wird, unſeren Genoſſen und Kameraden baldigſt die Freiheit zu bringen, wird einſtimmig angenommen. (Beifall.)

Es folgt die Abſtimmung über den Antrag Lüdemann:

„Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutſchlands, die die geſamte politiſche Macht in Deutſchland repräſentiert, überträgt bis zu anderweitiger Regelung durch die Nationalverſammlung die geſetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongreß beſtellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die Ueberwachung des deutſchen und preußiſchen Kabinetts ausübt; ihm ſteht das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und, bis zur endgültigen Regelung der ſtaatlichen Verhältniſſe auch der Volksbeauftragten Preußens zu. Zur Ueberwachung der Geſchäftsführung in den Reichsämtern werden von dem Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatsſekretäre beſtellt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entſandt, die aus den beiden ſozialdemokratiſchen Parteien zu entnehmen ſind. Vor Berufung der Fachminiſter und der Beigeordneten iſt der Zentralrat zu hören."

Dieſer Antrag wird mit überwiegender Mehrheit **angenommen.**

Ein Antrag Dr. **Lauffenberg-Hamburg** ſagt:

„Das revolutionäre Proletariat, vereinigt in der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den ſiegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberſte Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu. Als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutſchlands ergreift der Kongreß Beſitz von der politiſchen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung. Als Träger der Souveränität des Reichs hat er das Kontroll-, Beſetzungs- und Abſetzungsrecht gegenüber der Exekutive. Der Kongreß verlangt das ſofortige Ausſcheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung, er wählt eine Kommiſſion, die ihm über die Erſetzung der ausſcheidenden Regierungsmitglieder Vorſchläge unterbreitet."

Vorſitzender **Leinert**: Durch die Annahme des Antrags Lüdemann iſt der Antrag Lauffenberg erledigt. (Widerſpruch bei den Linksradikalen.) Wir kommen zum Punkt

Nationalverfaſſung oder Räteverfaſſung

Es wird noch ein Antrag angenommen, der die Arbeiter- und Soldatenräte zu geordneter Rechnungslegung verpflichtet.

Dr. **Geyer-Leipzig** (zur Geſchäftsordnung): Durch den Antrag Lüdemann iſt der Schlußabſatz des Antrags Lauffenberg über das Ausſcheiden der bürgerlichen Regierungsmitglieder noch nicht erledigt. Ich bitte darüber noch abſtimmen zu laſſen.

Dr. **Lauffenberg**: Auch in ſeinen anderen Teilen iſt mein Antrag durch die Annahme des Antrags Lüdemann noch nicht erledigt.

Vollzugsratsmitglied **Ledebour** verlangt das Wort zur Geſchäftsordnung. (Vorſ. Leinert: Ich kann Ihnen das Wort nicht geben.) Unglaublich!

Vorſ. Leinert: Sie gehören zur Regierung. (Heiterkeit.) Ich möchte einmal ſehen, was Sie früher im Reichstag geſagt hätten, wenn ſich die Regierung in die Geſchäfte des Parlaments eingemiſcht hätte. (Lebhafter Beifall. — Ledebour: Jetzt gibt es keine Regierung. — Lachen. — Zurufe: Nebenregierung Ledebour!)

Schließlich wird von **Dr. Geyer** ein Antrag auf namentliche Abſtimmung über den Antrag Lauffenberg eingebracht, die Abſtimmung ſelbſt aber bis Donnerstag zurückgeſtellt.

Inzwiſchen war der Ausſchuß zur Beratung der Soldatenanträge mit ſeinen Arbeiten fertig geworden. Volksbeauftragter **Haaſe** erſtattet den Bericht. Die Anträge wollen die oberſte Kommandogewalt über Heer und Marine den Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrats geben, verlangen weiter die Entfernung aller Rangabzeichen, das Verbot des außerdienſtlichen Waffentragens, die Abſchaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels, die Abſchaffung des ſtehenden Heeres und die beſchleunigte Errichtung einer Volkswehr u. a. m. Haaſe teilt mit, daß der Ausſchuß ſeine Beſchlüſſe einſtimmig gefaßt hat. Die Abſicht, die oberſte Kommandogewalt einem Zentralſoldatenrat zu übertragen, wurde, weil undurchführbar, fallen gelaſſen. Die Anträge ſollen nicht nur Richtlinien ſein, ſondern ſofort in Kraft treten.

Gouverneur **Noske-Kiel** betont, daß die Demobiliſierung bei der Marine ſo ſchnell wie möglich erfolgt. Aber es müſſen Mannſchaften zurückgehalten werden zur Bewachung außerordentlich wertvollen Materials. Der 53er Ausſchuß hat zu einer geradezu **unerträglichen Verſchleppung wichtiger Angelegenheiten** im Reichsmarineamt geführt. Dringende Depeſchen bleiben tagelang liegen. (Hört, hört!) Jetzt ſollen noch 11 Arbeiterdelegierte hinzukommen, ſo daß dann ſtändig im Reichsmarineamt ein 64köpfiges Parlament verſammelt iſt. Dieſer Rat muß verkleinert werden, ſoll nicht unerſetzlicher Schaden eintreten. (Beifall.)

Ein Matroſe aus Kiel ergänzt dieſe Ausführungen. Bei der Oſtſeeſtation iſt von der Arbeit dieſes Ausſchuſſes bisher nichts zu merken geweſen. Weniger, aber vernünftigere Leute wären beſſer. (Zuſtimmung.) Die Offiziere ſolle man ruhig in ihren Aemtern laſſen und ihnen auch das Tragen der Abzeichen geſtatten, wenn ſie Wert darauf legen. Nur müſſe man aufpaſſen, daß ſie keine Dummheiten machen. Aber ihren fachlichen Rat ſolle man hören.

Braß-Remſcheid und Lampel-Hamburg treten für die Soldatenanträge ein, ebenſo mehrere Soldatenvertreter.

Ueber die zweckmäßigſte Art der Abſtimmung entſteht eine lange Geſchäftsordnungsdebatte, in die auch der Kaſſeler Delegierte **Hauptmann Reinartz** eingreift. Er wird mit Zurufen: „Herr Hauptmann! Ein Hauptmann!" begrüßt und erklärt, daß er gerade in dieſer Eigenſchaft an dem Kongreß teilnimmt. Um keinen Zweifel über ſeinen militäriſchen Rang aufkommen zu laſſen, habe er bei ſeinem Erſcheinen die Achſelſtücke und Sterne getragen. Er genieße das Vertrauen ſeiner Soldaten und ſei deshalb von ihnen gewählt worden. (Vereinzeltes Lachen.) Sie können das gar nicht beurteilen.

Die Soldatenanträge werden beinahe einſtimmig angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen will in den Garniſonen die Kommandogewalt in die Hände der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte legen und militäriſche Angelegenheiten, die über dieſen örtlichen Rahmen hinausgehen, durch Vertreter der oberſten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garniſon übertragen. Die Mehrheit will dieſen Antrag den Volksbeauftragten zur Berückſichtigung überweiſen. Darüber kommt es zu einer lebhaften Ausſprache, in deren Verlauf die Unabhängigen namentliche Abſtimmung über dieſen Antrag verlangen. Da die Präſenzliſte noch immer nicht vorliegt, muß die Abſtimmung zurückgeſtellt werden. Ein Antrag, den 53er Ausſchuß bei der Marine zu verkleinern, gelangt mit großer Mehrheit zur Annahme.

Loebe-Breslau erſtattet den Bericht der Mandatsprüfungskommiſſion: Es beſtand kein einheitliches Wahlſyſtem, die Wahlkreiseinteilung blieb weiten Wählerkreiſen unbekannt, eine ganze Reihe von Mandaten müſſe für ungültig erklärt werden. Der größte Teil der Inhaber dieſer Mandate hat ſich bereits von ſeiner irrtümlichen Delegation überzeugen laſſen und iſt zum Teil abgereiſt, zum Teil bleiben dieſe Genoſſen als Zuhörer hier. Die Entſcheidungen wurden in der aus allen drei Parteien gleichmäßig zuſammengeſetzten Kommiſſion mit der größten Weitherzigkeit und Loyalität getroffen. Aus Elſaß-**Lothringen, für das urſprünglich eine Vertretung nicht vorgeſehen**

revolutioniert, die Revolution muß ſo weiter getrieben werden!"

Der offenherzige Spartakiſt iſt am Sonnabend auf Anweiſung des Bezirksſoldatenrats Dortmund wegen landesverräteriſcher, konterrevolutionärer Abſichten verhaftet worden. Dieſes Verfahren iſt nach Lage der Sache heute das beſte Mittel, um die wahnſinnigen Fanatiker zu hindern, durch Bergarbeiterſtreiks, Werkzerſtörung und ähnlichen Akten die Kohlennot ins Unerträgliche zu ſteigern, die Kohlenpreiſe noch weiter in die Höhe zu treiben, unabſehbare Krawalle zu provozieren und dadurch auch das rheiniſch-weſtfäliſche Kohlenrevier in die feindliche Beſetzung einzubeziehen. Würde dieſes weitaus wichtigſte deutſche Kohlengebiet von feindlichen Truppen beſetzt, dann wird auch die hieſige Kohlenförderung (wie bereits die linksrheiniſche) für die Bedürfniſſe der Ententeſtaaten beſchlagnahmt und die norddeutſchen Küſtengebiete, Berlin, Mittel- und Süddeutſchland ſind von der dringend nötigen Brennſtoffzufuhr aus unſerem Revier abgeſchnitten. Stelle man ſich dann die Situation vor! „Das ſchadet nichts", ſagt der Spartakiſt, „das wollen wir gerade!"

Unſere Berliner Genoſſen mögen ſelbſt beurteilen, ob wir es bei den Leuten, die zyniſch eingeſtehen, auf die Sabotage der Kohlenverſorgung unſeres ſchwer notleidenden Volkes und auf die Beſetzung unſeres wichtigſten Bergwerksgebiets durch feindliche Truppen hinzuarbeiten, mit Wahnſinnigen oder bewußt handelnden Verbrechern zu tun haben. Schon liegen eine Anzahl großer Kohlenzechen tagelang ſtill, die Sabotage der Kohlenförderung, die Verteuerung der Kohle geht weiter.

Wenn Groß-Berlin demnächſt gar keine Kohle mehr von hier erhält, dann muß ſich das hungernde und frierende Proletariat dafür bei den Spartakuſſen bedanken.

Das Programm der amerikaniſchen Friedensdelegation.

Völkerbund. — Freiheit der Meere. — Entſchädigungen.

Amſterdam, 18. Dezember. Nach einer Meldung der „Daily News" unterbreitet die amerikaniſche Friedensabordnung auf der Friedenskonferenz in Paris die folgenden fünf grundlegenden Punkte: 1. Der Völkerbund muß einen Teil des Friedensvertrages bilden; 2. die Freiheit der Meere muß einen der Hauptgrundſätze darſtellen, die vom Verband feſtgeſtellt werden, damit Amerika nicht zum Bau einer Flotte zu ſchreiten braucht, welche groß genug ſein muß, Amerika gegen jede willkürliche Aktion durch die eine oder andere Nation ſicherzuſtellen; 3. es ſind dem Rechte entſprechende Anſprüche gegen Deutſchland feſtzulegen, die auch des weiteren beſtimmen müſſen, inwieweit und auf welche Weiſe Deutſchland bezahlen kann und muß; 4. während die Friedensvorbeſprechungen vertraulicher Natur ſein dürfen, muß die Endſitzung der Konferenz öffentlich ſein; 5. alle Friedensdelegierten müſſen als Vertreter einer neuen Welt kommen, nicht als Herrenmenſchen, denn jede andere Haltung der Delegierten würde einen Frieden bedeuten, der Revanchegedanken zurückläſſe und ſo den Grund zu neuen Kriegen in ſich trage.

Die amerikaniſchen Delegierten ſind, wie verlautet, dafür, Deutſchland in den beabſichtigten Völkerbund aufzunehmen, wenn auch zunächſt nur auf eine Probezeit. Es wird von einem bereits feſtgelegten Programm zwiſchen Lloyd George, Clemenceau und Orlando geſprochen. Es wird jedoch angenommen, daß ihre Vereinbarungen nur einen vorläufigen Charakter tragen und den Zweck haben, eine feſte Grundlage für die Beſprechungen zu finden. Wie erklärt wird, ſollen dieſe Vereinbarungen in der Hauptſache die Frage der Entſchädigungen betreffen.

Uebereinſtimmung zwiſchen Wilſon und Clemenceau.

Der „deutſche Bolſchewismus".

Genf, 18. Dezember. Nach einer Meldung des „Homme Libre" haben die Beſprechungen zwiſchen Präſident Wilſon und dem Miniſterpräſidenten Clemenceau vorbehaltlich der franzöſiſchen Schadenerſatzanſprüche an Deutſchland und der militäriſchen Sicherheiten der Alliierten gegen den deutſchen Bolſchewismus eine ſachliche Uebereinſtimmung auf dem Boden des Wilſonſchen Friedensprogramms ergeben.

Sieben Milliarden für den Wiederaufbau Frankreichs.

Genf, 18. Dezember. In der franzöſiſchen Kammer hat Finanzminiſter Klotz eine neue Kreditvorlage eingebracht, die für das erſte Vierteljahr 1919 beſondere Ausgaben von zehneinhalb Milliarden Franken vorſieht. Von dieſem Betrag ſind ſiebeneinviertel Milliarde Franken für die Erſtattung von Kriegsſchäden in den zerſtörten Gebieten Nordfrankreichs beſtimmt.

Anatole France an Wilſon.

Gegen Geheimdiplomatie.

Haag, 18. Dezember. Hollandſch Nieuwsbureau meldet aus Paris: Anatole France ſchreibt an exponierter Stelle in der ſozialiſtiſchen „Humanité" folgende Begrüßung für Wilſon: Wir grüßen mit Sympathie und Hochachtung den Präſidenten Wilſon, der in den Krieg getreten iſt, um ihn zugunſten der Völker zu beendigen und nicht zugunſten der Induſtrie- und Finanzmächte, die in allen Ländern ungeheure Gewinne aus ihm gezogen haben, und der den Krieg weiterhin beendete, um auf den Trümmern des imperialiſtiſchen und militariſtiſchen Europas ein Europa der Arbeit und des Friedens zu errichten. Wir grüßen den Chef der Vereinigten Staaten, der ſich ſelbſt in der Glut des Gefechtes nicht einen Augenblick von dem erhabenen Gebiet der Gerechtigkeit abgewandt hat und der der Welt einen Frieden bringen will, der einzig und allein die wahren Güter und Reichtümer der Völker garantieren kann. Die ganze Welt kennt die 14 Punkte, die Wilſon für die Erreichung eines dauerhaften Friedens für notwendig hält. Der erſte dieſer Punkte iſt grundlegend und wir können ihn an dieſem feierlichen Tage der Erwägung aller Völker nochmals empfehlen. Er bezieht ſich auf die Oeffentlichkeit diplomatiſcher Abmachungen. Nur durch das Geheimnis der Diplomatie ſind Kriege immer vorbereitet worden. Dieſe Geheimdiplomatie zu unterdrücken bedeutet, die wichtigſte Urſache des furchtbarſten Zuſammenſtoßes von Armeen und Völkern aus der Welt zu ſchaffen. Bereits vor über 10 Jahren hat die ſozialiſtiſche Partei Frankreichs ſich vergebens bemüht, gegen dieſe Geheimdiplomatie zu kämpfen, in der ſie die größten Gefahren erblickte. Wir vereinigen, ſo ſchließt Anatole France, unſere Wünſche zugunſten eines Völkerbundes, deſſen erſte Bande heute loſe gebildet worden ſind um den Preis der ungeheuren Anſtrengungen der ganzen Welt durch den Sozialismus und durch die internationale Arbeiterſchaft. Wir grüßen Wilſon nicht nur als Präſidenten einer großen Republik, ſondern als Weltbürger.

Haag, 18. Dezember. Hollandſch Nieuwsbureau meldet aus Paris: Marcel Cachin hebt zum Verdruß der bürgerlichen Preſſe von Paris den Unterſchied hervor, der zwiſchen dem Trinkſpruch Poincarés und der Antwort Wilſons beſteht. Das Blatt unterſtreicht, daß Poincaré es für notwendig hielt, ſeinen Zweifel an einem dauernden Weltfrieden zum Ausdruck zu bringen, während Wilſon in der ihm eigenen Art die Aufrechterhaltung ſeines Friedensprogramms und ſeiner Ideale betonte.

Deutſche Großinduſtrielle von den Franzoſen verhaftet. Genf, 18. Dezember. Wie das „Petit Journal" berichtet, wurden die beiden bekannten Großinduſtriellen des Saargebiets, die Brüder Röchling, auf eine Forderung des Miniſteriums für den Wiederaufbau verhaftet

Ein Nachtrag zur Demonſtration der Pariſer Arbeiter.

30 000 Demonſtranten.

Baſel, 18. Dezember. (TU) Hinſichtlich der Beſchuldigung der Havasagentur durch das Genfer Blatt „La Feuille", nach der Havas eine Fälſchung des Sinnes der Worte des Präſidenten Wilſon an die Arbeitervertreter begangen hat, bringt das Blatt weitere Einzelheiten über eine rückſichtsloſe Behinderung der Arbeiterdemonſtration vor Wilſon in Paris und bemerkt dazu, daß der Präſident die Kundgebung erwartete und bereit war, ſie entgegenzunehmen und die Arbeiter zu begrüßen. Erſt durch Longuet erfuhr er von dem Verbot der Demonſtration. Trotzdem aber verſammelte ſich eine Menge von etwa 30 000 Arbeitern zu einem Demonſtrationszuge.

Ein eſthniſcher Proteſt an Deutſchland.

Die eſthniſche Spezialmiſſion in Stockholm hat dem dortigen deutſchen Geſandten eine Proteſterklärung gegen die vergangene und gegenwärtige Haltung der deutſchen Behörden in Eſthland überreicht. Darin wird geſagt, daß nach einer Vereinbarung vom 19. November mit dem deutſchen Generalvertreter in Eſthland, Herrn Winnig, die deutſchen Militärbehörden, die ſich in Eſthland befinden, die Gewalt an die proviſoriſche öffentliche Regierung abzutreten hätten und zugleich alle Materialien und Depots, die den Okkupationstruppen nicht gehören. Man habe aber häufig völlig leere Kaſſen ſtatt der übernommenen gefüllten zurückgegeben und im großen Maße Lebensmittel fortgeführt. Ganze Züge ſeien unter dem Schutz deutſcher Maſchinengewehre über die Grenze gebracht worden. Auch ſeien die Waffen, die früher der eſthniſchen Bevölkerung abgenommen ſeien, ebenſo wie die Munition, mitgenommen worden, ſo daß das eſthniſche Volk, das ſich jetzt einem hoffnungsloſen Kampf gegen bolſchewiſtiſche Banden gegenüberſieht, nicht die notwendigen Mittel zu ſeiner Verteidigung beſitze. Dagegen müſſe in energiſchſter Weiſe proteſtiert werden und die deutſche Regierung werde die Verantwortung, die Entſchädigung und die völlige Wiederherſtellung für all das leiſten, was durch die Bolſchewiki in Eſthland verwüſtet werde.

Feſtſtellung der Schuldigen am Kriege in Oeſterreich.

Wien, 18. Dezember. Im heutigen Staatsrat wurde ein von allen Parteien eingebrachter Geſetzentwurf vorgelegt, der die Feſtſtellung der verantwortlichen und eventuell ſtrafrechtlich zu verfolgenden höheren Führer im Kriege vorbereitet. Weiter faßte der Staatsrat einen Beſchluß, demzufolge grundlegende Einrichtungen der Staatsgewalt der Republik Deutſchöſterreich abgeändert bzw. ergänzt werden . Die drei Präſidenten des Staatsrats bilden ein Staatsdirektorium. Ihm obliegt die Leitung und Verwendung der Wehrmacht.

Republikaniſche Strömungen in Italien.

Die italieniſchen Sozialiſten für das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker.

Wien, 18. Dezember. (H. N.) Wie die Abendblätter aus der Schweiz melden, iſt die republikaniſche Arbeiterbewegung in Italien im Wachſen. Es werden Agitationsſchriften im Lande verteilt, namentlich unter den Soldaten. Verſuche zur Bildung von Soldatenräten der italieniſchen Armee ſollen unterdrückt worden ſein. Die italieniſche Grenze an der Schweiz wird gegen das Eintreffen ruſſiſcher und deutſcher republikaniſcher Agitatoren bewacht

Baſel, 18. Dezember. Aus Rom wird gemeldet: Die ſozialiſtiſche Partei-Exekutive nahm nach fünftägiger Beratung die Beſchlüſſe an, nach denen mit ſtarkem Nachdruck das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker gefordert wird. Der Krieg dürfe nicht zu Zwangsaneignungen führen. In dieſen Beſchlüſſen wird weiter der Londoner Geheimvertrag verurteilt, weil nach ihm ohne Volksabſtimmung deutſche, ſlawiſche und griechiſche Völker an Italien fallen ſollen.

Weihe der Freiheit.

In dieſen Tagen, in denen die proletariſche Freiheit ihr Geburtsfeſt feiert, fehlt noch, was erſt jedem Feſt Weihe und Adel verleiht: die Mitwirkung der Kunſt.

Volk und Kunſt waren bisher zu beiderſeitigem Schaden voneinander getrennt. Die Kunſt ging nach Brot. Und weſſen Brot der ſchaffende Künſtler aß, deſſen Lied mußte er ſingen, wenn er es nicht vorzog, im Schatten zu verkümmern. Die Stätten der Kunſt waren genötigt, Geſchäftsbetriebe zu werden; denn die verwöhnten Anſprüche des Publikums zwangen zu immer größeren Aufmachungen und dadurch zu immer ſteigenden Ausgaben, die nur durch außerordentlich hohe Eintrittspreiſe gedeckt werden konnten. Ja dieſe teueren Preiſe bewährten ſich als ein Geſchäftskniff, der den Snob wie eine Senſation reizte und anzog.

So wurde der Zugang zur beſten Kunſt auf dramatiſchem und muſikaliſchem Gebiete den beſitzloſen und beſitzſchwachen Klaſſen der Hand- und Geiſtesarbeit brutal verſperrt, und die Kunſthungrigen mußten ſich mit den Broſamen begnügen, die die ſoziale Fürſorge von der Feſttafel der Ueberſättigten auflas und ihnen mitleidig reichte.

Aber nicht nur wurde auf dieſe Weiſe das Volk zu ſeinem Nachteil von der Kunſt ferngehalten, ſondern auch der Künſtler zu ſeinem Schaden losgeriſſen vom Volke, deſſen dunkler Sehnſucht er Ausdruck verleihen ſollte, deſſen Widerhall ihn angeregt und emporgetragen hätte und aus deſſen wundertiefem Naturboden er ſeine beſten Kräfte hätte ſchöpfen können.

Von nun an ſoll der Sänger die freie Möglichkeit haben, mit dem Volke zu gehen. Der Künſtler, der ſich oft viel zu weit in die eiskalten Regionen des Intellekts verſtiegen hatte, ſoll wieder in die Goldſchächte des Herzens hinabſteigen, aus dem alles Leben kommt. Er braucht nicht zu fürchten, mißverſtanden zu werden; denn was der Verſtand der Verſtändigſten nicht begreift, das erſchaut und erfühlt oft gerade das unverbildete Gemüt des Volkes.

Daher ſollen ſich jetzt an dieſer großen Wende des Menſchheitsweges Volk und Künſtler wiederfinden. Das Proletariat darf nicht darauf angewieſen ſein, die hohe Stimmung dieſer Zeit in Kneipe und Kino, in Zirkus und Varieté verflachen und verflauen zu laſſen. Oeffnet deshalb ſchon jetzt, ſo oft es der Betrieb erlaubt, die Theater für Volksvorſtellungen der beſten Kunſt. Chor-, Orcheſtervereinigungen und Künſtler mögen überall in geeigneten Sälen Volkskonzerte veranſtalten und auch die Kirchen ſich zu gleichem Zweck für dieſen Menſchheitsdienſt gaſtlich erſchließen.

So ſoll dem Proletariat die Möglichkeit gegeben werden, die größten Stunden ſeines Daſeins in der würdigſten Form zu feiern und die Kunſt es zum Werke, zu dem es berufen iſt, mit Ehrfurcht erfüllen, weihen und ſegnen.

H. G.

Ein neues Werk von Selma Lagerlöf.

Die ſchwediſche Dichterin hat ihren Verehrern nach ihrem großen Roman „Jeruſalem" jahrelang nur kleinere Werke vorgeſetzt, klein ſowohl äußerlich wie innerlich. Jetzt erſcheint von ihr wieder ein großer Roman „Gebannt", der vorläufig nur ſchwediſch und däniſch vorliegt. Der Inhalt des Werkes iſt in Kürze kaum zu ſchildern, ſo viele und bunte Handlungen begeben ſich darin. Man könnte faſt ſagen, das Thema des Buches ſei das fünfte Gebot mit zahlreichen Abwandlungen.

In den Schären von Bohuslän, der unfreundlichſten Gegend Schwedens, hat ein Ehepaar ſeinen kleinen, ſchönen Knaben einer engliſchen Familie überlaſſen. Als Sven erwachſen iſt, nimmt er an einer Nordpolfahrt teil. In Hungersnot tötet ſich einer der Nordpolfahrer aus Verzweiflung, die anderen werfen ſich auf ſeine Leiche und verzehren einen ihrer Arme. Sie werden ſchließlich gerettet, kommen zurück und werden gefeiert — dann aber kommt die Wahrheit an den Tag. Allgemeines Entſetzen; die Pflegeeltern wollen Sven nicht mehr kennen; er flüchtet heim, doch das Gerücht folgt ihm, und obgleich er ſich ruhig hält und ſeinen Mitmenſchen von Nutzen zu ſein beſtrebt iſt, bleibt ein inſtinktmäßiger Abſcheu vor dem, der an der „Menſchenfreſſerei" teilgenommen hat. Das beſtimmt das ganze Leben des ſtillen Mannes; in Menſchenliebe ſucht er zu ſühnen, was er verbrochen haben ſoll, und es iſt ſein Werk, daß die nach der Seeſchlacht vor dem Skagerak im Meere treibenden Leichen deutſcher und engliſcher Matroſen an Land gebracht und beerdigt werden. Erſt hier findet er ſeine Buße, da er an den Toten gutmacht, was er einſt an dem einen Toten verbrach. Mit dieſer Friedhofſzene, darin der Prieſter die Schrecken des Krieges verflucht, damit ſie nie mehr vergeſſen werden, ſchließt das Buch. Zwiſchen den Zeilen fühlt man die ganze Entrüſtung der Verfaſſerin über das Vorurteil der Menſchen: Abſcheu vor denjenigen, die, von Not gezwungen, ſich an einer Leiche vergreifen, und Jubel und Heldenverehrung für die, die vielleicht Hunderte von Leben vernichtet haben.

Ebenſo feſſelnd wie die Geſtalt Svens iſt ſein Gegenſpieler, der dunkle, zornige Prieſter, zu deſſen Verſtändnis Selma Lagerlöf andeutet, daß er aus „Rieſengeſchlecht" ſtammt. In ſeiner Eiferſucht bringt er faſt den Tod über die lichte Nordlandsroſe, die er ſich zur Braut erwählt hat. Als aber der „Geſchlechtsbann" gelöſt iſt und der Prieſter ſich dazu durchgerungen hat, ſich nicht an dem Lebenden zu vergreifen, der ſein Weib gewinnt (eben Sven) — da färben ſich auch hier die Wolken roſenrot. Wundervolle Nebenfiguren finden ſich auch in dieſem Buch der Lagerlöf. So eine Seherin, ein Swedenborg in Frauenkleidern; dann ein Raubmörder Julius Lamprecht, der im Innerſten an ſeine Unſchuld glaubt.

Mit der Friedhofſzene, in der der Prieſter die Schrecken des Krieges verflucht, auf daß man ſie nie mehr vergeſſe, ſchließt das Buch.

Notizen.

— **Man tanzt!** Am Sonnabend findet in der Philharmonie ein Wohltätigkeitskonzert ſtatt zugunſten der notleidenden Krieger. Erſte Bühnenkünſtler, Kabarett- und Filmdarſteller ſind verpflichtet. Anſchließend Tanz.

— **Ein Schutzverband deutſcher Erfinder** iſt in Berlin gegründet worden. Der Zweck des Verbandes iſt darauf gerichtet, für die Intereſſen der deutſchen Erfinder einen Mittelpunkt zu ſchaffen, von dem aus jeder Erfinder auf Grund ſeiner Mitgliedſchaft über alle rechtlichen und wirtſchaftlichen Erfinderfragen Auskunft erhält, bei der Vorbereitung und Durchführung der patentamtlichen Anmeldungen beraten und bei der Verwertung ſeiner Erfindung mit Rat und Tat unterſtützt wird. Der Verband dient dem volkswirtſchaftlichen Intereſſe. Er will den großen Wert deutſcher Erfindungskunſt für Deutſchlands Wirtſchaft reſtlos nutzbar machen, indem er auch unbemittelte Erfinder unterſtützt. Ferner will der Verband auch der Ausbeutung, der ſo mancher Erfinder infolge ſeiner Unerfahrenheit ausgeſetzt iſt, entgegentreten. Anmeldungen nimmt die Geſchäftsſtelle in Berlin, Behrenſtr. 40, entgegen.

— **Zwiſchenſemeſter.** Die Studentenſchaft der Univerſität Freiburg i. B. faßte einſtimmig eine Reſolution, in der ſie im Intereſſe aller ſtudierenden Kriegsteilnehmer für die Einſchiebung eines Zwiſchenſemeſters nach dem jetzigen Winterſemeſter eintritt und die ſtudierenden Kriegsteilnehmer aller deutſchen Univerſitäten auffordert, in gleicher Weiſe ſich mit aller Kraft für die Verwirklichung dieſes Gedankens zu verwenden. Die Reſolution iſt an alle Miniſterien und Univerſitäten Deutſchlands ergangen.

— **Die erſte Weltausſtellung nach dem Kriege** ſoll nach Mitteilungen der italieniſchen Preſſe in Mailand ſtattfinden und die geſamte Lufttechnik und Luftinduſtrie umfaſſen.

— **Die toll gewordene Geographie.** „Ich weiß wahrhaftig nicht," jammert der junge Lehrer, „was ich mit meinen Schülern jetzt in der Geographieſtunde anfangen ſoll. Vorgeſchrieben iſt „Europa". Ich hab ohnehin mit Spanien und Portugal begonnen und bin dann nach Schweden hinaufgeſprungen. Aber jetzt ſtecke ich ſchon. Wer weiß denn, wo die Grenzen von Frankreich und Italien ſind? Und Holland trau ich mich gar nicht zu nehmen, denn das iſt meine letzte Ausflucht, und ich kann doch nicht mehr als drei Wochen den Buben von der Zuiderſee und den Tulpen erzählen."

„Mach's ſo wie ich," lachte der Kollege. „In der dritten iſt „Oeſterreich-Ungarn" vorgeſchrieben, aber ich nehm' mathematiſche Geographie. Der Mond iſt doch ſo ziemlich die einzige Gegend, über deren politiſche und geographiſche Verhältniſſe wir ſicheren Beſcheid wiſſen."

war, ſind einige Vertreter zu uns gelangt; wir haben keinen Anlaß, ſie zurückzuweiſen. Den Truppenkörpern der Militäreiſenbahndirektion ſchlagen wir vor, die von ihnen gewählten drei Vertreter zuzugeſtehen. Den Inhabern von ungültig erklärten Mandaten ſoll von morgen an eine Zuhörertribüne eingeräumt und es ſollen ihnen die Tagegelder für die Zeit bisher ausgezahlt werden. — Der Redner trägt dann die einzelnen Beanſtandungen nach den Regierungsbezirken vor. Dem Antrag der unabhängigen Fraktion, die Tagegelder auf 20 M. für die Berliner Vertreter, auf 30 M. für die auswärtigen feſtzuſetzen, hat ſich die Kommiſſion angeſchloſſen. Sie ſchlägt vor, 442 Mandate für gültig und 72 für ungültig zu erklären.

Ueber dieſen Bericht entſpinnt ſich eine längere Debatte mit 5 Minuten Redezeit.

Die Debatte über den Bericht der Mandatsprüfungskommiſſion zog ſich bis 8,15 Uhr hin. Das Haus vertagt ſich.

Nächſte Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr.

Groß-Berlin

Die drohende Hungersnot.

Eine Erklärung der Groß-Berliner Aerzte.

Die am 18. Dezember 1918 im Langenbeck-Virchow-Hauſe unter dem Vorſitz von Profeſſor Orth tagende Verſammlung der mehr als 3000 Mitglieder umfaſſenden geſamten ärztlichen Vereine Groß-Berlins beſchloß folgende Erklärung:

Die Ausführungen von Profeſſor Rubner, Direktor des Phyſiologiſchen Inſtituts, Profeſſor Kraus, Direktor der II. Mediziniſchen Klinik, Profeſſor Czerny, Direktor der Kinderklinik, Geheimrat Dr. med. Hamel, Medizinalreferent im Reichsamt des Innern, Stadtmedizinalrat Weber und Profeſſor Kuttner, ärztlicher Direktor des Städtiſchen Rudolf-Virchow-Krankenhauſes, beſtätigen die Erfahrungen der praktiſchen Aerzte über die zunehmende Verſchlechterung unſerer Ernährungsverhältniſſe.

Unſere Nahrungsmittelvorräte ſind binnen kurzem erſchöpft. Der oberflächliche Eindruck, den die ſichtbare Bevölkerung in Stadt und Land gewährt, darf über die Entbehrungen, unter denen unſer Volk gelitten hat, und über die Not, die uns bevorſteht, nicht täuſchen. Die Blockade Deutſchlands während 4¼ Jahren hat die Geſundheit unſeres Volkes ſchwer beeinträchtigt, insbeſondere die Krankheits- und Sterbeziffern, vor allem die der Kinder, der Schwächlichen, der älteren Leute und der Tuberkulöſen haben in erſchreckendem Maße um mehr als ein Drittel zugenommen. Die Sterbefälle der Kinder zwiſchen 1 und 15 Jahren ſind ſogar um die Hälfte, die der Tuberkulöſen in den Städten auf das Doppelte angeſtiegen.

Die mit der Erfüllung der Waffenſtillſtandsbedingungen verbundenen weiteren Einbußen unſerer Ernährung beſchwören die Gefahr einer allgemeinen Hungersnot in kurzer Zeit herauf.

Wir richten deshalb an unſere Regierung die dringende Forderung, tatkräftig mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln dafür zu ſorgen, daß ſämtliche Maßnahmen zur ordnungsmäßigen Erfaſſung und Verteilung der in Deutſchland vorhandenen Lebensmittel durchgeführt werden. Wir ſprechen weiter die Hoffnung aus, daß die feindlichen Regierungen ihren in letzter Stunde bekundeten Willen, eine Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland nach Deutſchland ermöglichen, rechtzeitig und ausreichend erfüllen werden.

Wir bitten nicht um Gnade, wir wenden uns an das Gewiſſen, derjenigen Männer der feindlichen Völker, in deren Bruſt die Stimme der Menſchlichkeit und das Bewußtſein der Verantwortung vor dem Urteil der Geſchichte nicht erſtickt iſt.

Rotkollerige Offiziere.

Beim geſtrigen Truppeneinzug hatten die Mannſchaften des 3. Bataillons Leibgrenadier-Rgt. 8 beſchloſſen, neben den ſchwarz-weißen und ſchwarz-weiß-roten auch rote Fahnen mitzuführen. Als der Bataillonsführer, ein Oberleutnant, von dieſem Plan Kunde erhielt, unterſagte er deſſen Ausführung unter Berufung auf einen angeblichen Diviſionsbefehl. Die Mannſchaften ließen ſich dadurch nicht irremachen und traten mit den roten Fahnen an. Sie erhielten ihren Platz am Ende des Regiments, und es wurde der Verſuch gemacht, durch Dazwiſchenſchieben von Bagagewagen uſw. die räudigen Böcke weithin kenntlich abzuſondern. Das über dieſes Verfahren erbitterte Publikum und einige Soldatenräte der Eiſenbahner beſeitigten das Aergernis und das 3. Bataillon konnte den Einzug unbehindert im Regiment mitmachen. Als es aber Unter den Linden beim Diviſionskommandeur und dem Regimentskommandeur v. Gluſchewski vorbeimarſchierte, ertönten aus der Gruppe der Offiziere, der ſich auch einige zylindertragende Ziviliſten beigeſellt hatten, angeſichts der roten Fahnen laute Pfuirufe.

Bemerken möchten wir noch, daß das 3. Bataillon der Leiber aus durchaus regierungstreuen Truppen beſteht, die mit ſpartakiſtiſchen Umtrieben nicht das Geringſte zu ſchaffen haben wollen, und daß dieſe Tatſache den Offizieren, die häufig Beſprechungen mit den Soldatenräten des Bataillons gehabt hatten, zweifelsfrei bekannt war.

60—70 000 Arbeitsloſe in Berlin.

Die Berliner Arbeitsloſenziffern ſteigen weiter. Bei dem ſtädtiſchen Arbeitsnachweis in der Gormannſtraße ſind jetzt rund 81 000 Perſonen angemeldet, der Verbandsnachweis der Metallarbeiter hat rund 7000 Arbeitsloſe, der der Holzarbeiter etwa 5000. Da auch die ſämtlichen kleineren Gewerkſchaften ſehr hohe Arbeitsloſenziffern haben und da die Ziffern täglich ſteigen, muß die gegenwärtige Zahl der Arbeitsloſen in Berlin mit 60 bis 70000 veranſchlagt werden.

Fort mit der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung!

Schon vor dem Kriege haben die Gewerkſchaften verſchiedentlich Anträge geſtellt, die auf eine Beſeitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung hinzielten. Und jetzt während der Uebergangszeit ſind beſonders die Beſtrebungen darauf gerichtet, durch eine Zentraliſation der Arbeitsnachweiſe beſſer und vor allem ſchneller wie früher überſchüſſige Arbeitskräfte nach der Stelle zu dirigieren, wo Arbeitskräfte gebraucht werden. Die bisher beſtehende gewerbsmäßige Stellenvermittlung iſt für dieſe Beſtrebungen ein ſchweres Hindernis und deshalb war es beſonders die Abſicht der Gewerkſchaften dieſe Stellenvermittler auszuſchalten. Aber da hatte man nicht mit der Rückſtändigkeit einiger Mittelſtandsretter und der des Oberpräſidenten der Provinz Brandenburg gerechnet.

Wir erfahren darüber folgendes: Der Groß-Berliner Demobilmachungsausſchuß hatte in ſeiner letzten Sitzung beſchloſſen, im Gaſt- und Schankwirtsgewerbe die gewerbsmäßigen Arbeitsnachweiſe zu verbieten und dieſes Verbot auch auf Vereine, die ſich mit Stellenvermittlung befaſſen, auszudehnen. Dieſer Antrag wurde von dem liberalen Stadtrat Prof. Dr. Spiegel (Charlottenburg) bekämpft, aber trotzdem angenommen. Gegen ihn ſtimmte außerdem nur noch der Vertreter des Kreiſes Niederbarnim, ſo daß der Antrag mit 9 gegen 2 Stimmen angenommen wurde. Der Oberpräſident, der ſich durch einen Regierungsrat hatte vertreten laſſen, iſt nun aber auf Grund einer kleinlichen, engherzigen Auffaſſung in ſeiner Eigenſchaft als Demobilmachungskommiſſar dem Proteſt dieſer zwei Rückwärtſler beigetreten und hat den Beſchluß der Groß-Berliner Gemeinden beanſtandet, da der Demobilmachungsausſchuß nicht das Recht hat, beſtehende Geſetze abzuändern.

Der Groß-Berliner Demobilmachungsausſchuß aber hat gegen die Beanſtandung des Oberpräſidenten ſofort einen Proteſt beim Demobilmachungsamt des Reiches eingelegt, und es darf wohl gehofft werden, daß die Regierung den Groß-Berlinern beiſtehen wird. Da wir aber nicht wiſſen, ob es nicht auch noch in anderen Gegenden Preußens Oberpräſidenten gibt, die ſich nicht an den Sinn, ſondern an den Buchſtaben des Geſetzes halten, ſo dürfte es notwendig ſein, daß die Regierung prinzipiell ſich mit dieſer Frage beſchäftigt und zu einer Ablehnung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung kommt. Aber Eile iſt nötig, damit die jetzt unbedingt notwendigen Maßnahmen nicht unnützerweiſe verzögert werden. Die bisher beſtehende gewerbsmäßige Stellenvermittlung iſt und bleibt ein ſchweres Hindernis für die möglichſt ſchnelle und reſtloſe Erfaſſung der Arbeitsloſen und deshalb muß ſie ſchleunigſt beſeitigt werden.

Berliner Lebensmittel.

Auf die für die ſieben- und achtjährigen Kinder ausgegebenen Schokoladenbezugſcheine wird gleichzeitig mit der auszugebenden Schokolade noch je ein halbes Pfund Weihnachtsgebäck (64 Pf.) oder Keks (74 Pf.) verabfolgt.

Freitag, den 20., nachmittags 1½ bis 4½ Uhr, findet in den auf dem Bezugſchein bezeichneten Markthallen der weitere Verkauf von Gänſen ſtatt. Bezugsberechtigt an dieſem Tage ſind nur ſolche Empfänger, denen nach dem 17. d. M. Bezugſcheine zugeſtellt wurden. Von den letzten Dienstag zum Verkauf geſtellten Gänſen ſind etwa 5000 nicht abgeholt und freihändig verkauft worden. Demgemäß ſind auch die Bezugſcheine für dieſe Gänſe verfallen.

Bis Sonntag, den 22., wird in den Bezirken der 5., 11., 13. bis 15., 19., 40. und 177. Brotkommiſſion pro Kopf 125 Gramm Käſe verteilt.

Auch auf Abſchnitt 40 der Süßſtoffkarte H entfällt im Dezember 1 Päckchen Süßſtoff H-Packung (25 Pf.).

Der Buchdruckerſtreik in Berlin aufgehoben!

Einer ſtark beſuchten Vertrauensmännerverſammlung der ſtreikenden Zeitungs- und Buchdruckereibetriebe Berlins legte am geſtrigen Abend die mit den Verhandlungen zwiſchen Buchdruckprinzipalen und -gehilfen beauftragte Kommiſſion das vorläufige Zugeſtändnis der Arbeitgeber vor. Dieſes lautet:

> „Die Prinzipalsvertreter erklären ſich bereit, um einen drohenden Streik zu verhindern und den Frieden im Gewerbe aufrechtzuerhalten, der ſpäteſtens bis Sonntag einzuberufenden Verſammlung der tariftreuen Prinzipale anzuempfehlen, ſämtlichen Berliner Buchdruckgehilfen eine einmalige Zulage in Höhe eines Wochenlohnes inkluſive Teuerungszulage zu zahlen.
>
> Der Betrag, den die drei Zeitungsbetriebe Ullſtein, Moſſe, Scherl ihrem Perſonal zugebilligt haben, bleibt beſtehen.
>
> Die Lohnerhöhung, die der Tarifausſchuß für Berlin feſtſetzt, wird von den Prinzipalen von vornherein anerkannt.
>
> Dieſes Angebot erfolgt unter der Vorausſetzung, daß in den Betrieben, in denen Arbeitseinſtellungen erfolgt ſind, die Arbeit ſofort wieder aufgenommen wird.“

Die anweſenden Vertrauensleute erklärten ſich vorläufig mit dem Anerbieten einſtimmig einverſtanden und verſprachen, ihren Perſonalen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, bis das Reſultat des in Berlin tagenden Tarifausſchuſſes vorliegt.

Die Beerdigung der Opfer aus der Chauſſeeſtraße ſoll nunmehr am Sonnabend ſtattfinden, und zwar auf Koſten der Stadt Berlin. Es haben ſich 15 Angehörige von Toten gemeldet.

Zu der von uns im geſtrigen Abendblatt erwähnten unwahren Mitteilung der „Roten Fahne“, wonach der Magiſtrat die Beerdigungskoſten nicht tragen wolle, können wir noch folgende Einzelheiten berichten. Am 6. Dezember fand die Schießerei in der Chauſſeeſtraße ſtatt. Erſt fünf Tage ſpäter — am 11. — wandte ſich der Vollzugsrat wegen der Beerdigung an den Magiſtrat, der das Schreiben am 12. erhielt und noch am ſelben Tage den Vollzugsrat, den Polizeipräſidenten und das Leichenſchauhaus um Angaben über die Zahl der Opfer und die Stellen, an denen ſie untergebracht waren, bat. Das Leichenſchauhaus erteilte den gewünſchten Beſcheid, der Vollzugsrat und der Polizeipräſident aber ließen faſt eine Woche lang nichts von ſich hören. Erſt geſtern — 18. — abends teilte der Vollzugsrat dem Magiſtrat mit, daß die Beerdigung am Sonnabend ſtattfinden werde.

Die „Heilpädagogiſche Sprechſtunde“, die der Direktor der Hilfsfortbildungsſchule A. Fuchs, bisher Bergſtr. 58, abgehalten hat, findet auf Wunſch der Deputation für das Jugendamt vom 1. Januar ab in den Räumen des Jugendamts, Jüdenſtr. 51-52, 2 Treppen, und zwar jeden Donnerstag von 10—12 Uhr ſtatt.

Arbeiter- und Soldatenſolidarität mit den Kriegsbeſchädigten. Die Angeſtellten der Firma Dr. Caſſirer u. Co. haben der Unterſtützungskaſſe des Reichsbundes der Kriegsbeſchädigten für Schwerbeſchädigte oder ſonſt in Not geratene Kameraden als Ergebnis einer Sammlung den Betrag von 660 M. durch den dort tätigen Vertrauensmann des Bundes, Kamerad Ernſt Beck, überwieſen. — Dem Blindenfonds des Reichsbundes der Kriegsbeſchädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat die 4. Kompagnie des 38. Armierungsbataillons aus dem Kantinenüberſchuß den Betrag von 204,50 M. geſtiftet. — Anläßlich einer Proteſtſammlung der Berliner Hotelangeſtellten wurden von Götzes Stammtiſch für die Kriegsblinden 20 M. geſammelt und dem Reichsbund überwieſen. Die Bundesleitung ſpricht für dieſe ſchönen Beweiſe der Solidarität öffentlich ihren Dank aus.

Verein ſozialdemokratiſcher Richter. Höhere Juſtiz-, Verwaltungs- und Kommunalbeamte (Richter, Aſſeſſoren, Referendare uſw.), die auf dem Boden der ſozialdemokratiſchen Partei ſtehen, werden gebeten, zwecks Zuſammenſchluſſes ihre Adreſſen ſchleunigſt der „Vorwärts“-Redaktion unter dem Stichwort „Juſtizbeamte“ mitzuteilen.

Sozialdemokratiſche Lehrer und Lehrerinnen. Eine Vereinigung der auf dem Boden der ſozialdemokratiſchen Partei ſtehenden Lehrkräfte hat ſich gebildet und ſich zur Aufgabe gemacht, gleichgeſinnte Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen zu ſammeln. Morgen, Freitag, 6½ Uhr, findet in der neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97, eine Sitzung ſtatt, zu der Standesgenoſſen, die ſich Aufklärung holen und gegebenenfalls beitreten wollen, eingeladen werden. Zur Erörterung kommen wirtſchaftliche, allgemeine Beamtenrechts- und Schulfragen. Die Beſchlüſſe dieſer Sitzung werden, um von vornherein Mißverſtändniſſen und unnötigen Befürchtungen in Lehrerkreiſen vorzubeugen, auch in der Fachpreſſe veröffentlicht.

Für Beamtinnen, Lehrerinnen und weibliche Angeſtellte finden am Freitag, den 20., abends 7½ Uhr, 3 große Verſammlungen ſtatt. Rednerinnen u. a. Frl. Hoppe, Frl. Lodahl, Frl. Wackenheim über: „Die berufstätige Frau und die Sozialdemokratie“. Näheres ſiehe Inſerat. — Beamtinnen! Lehrerinnen! Zeigt durch Euer Erſcheinen, daß auch Ihr in dieſer Zeit politiſche Aufklärung ſucht!

Arbeiter-Fußballbewegung. Vertreter der dem Arbeiterturnerbund angeſchloſſenen Turn- und Sportvereine Groß-Berlins hatten am 16. im Holzarbeiterverbandshaus, Rungeſtraße eine Zuſammenkunft und behandelten die Frage: Wie hat der Wiederaufbau der Fußballſpielbewegung vor ſich zu gehen? Von den vor Kriegsausbruch vorhandenen 70 Vereinen können 30 Vereine heute ſchon den Spielbetrieb wieder aufnehmen. Bis zu Beginn der in Ausſicht genommenen Frühjahrsſpielſerie wird der Spielbetrieb durch Geſellſchaftsſpiele aufrechterhalten, die durch einen Ausſchuß vermittelt werden. Als beſonders dringend wird die Herausgabe einer wöchentlich erſcheinenden Arbeiterſportzeitung für Groß-Berlin bezeichnet, welche alle Gebiete des Turnens und des Sportes behandelt. Ferner wurde ein Ausſchuß gebildet, der Richtlinien für die Organiſierung des Fußballſpieles auszuarbeiten hat, die der im Anfang Januar ſtattfindenden Vertreterſitzung zur Beſchlußfaſſung vorzulegen ſind. Anfragen über etwaigen Anſchluß an obige Organiſation erledigt Paul Schmidt, Berlin N. 20, Grünthaler Str. 9.

Admiralstheater. Freitag wird „Die Viſion“ mit Maria Fein zum erſten Male vorgeführt.

Verloren. Am Montag, den 16., zwiſchen 10 und 11 Uhr, in der Gegend vom Magdeburger Platz bis Abgeordnetenhaus (Prinz-Albrecht-Straße) iſt eine ſchwarze Brieftaſche verloren gegangen. Sie enthielt Invalidenkarte, Militär-, ſtandesamtliche Papiere und Geld. Der Finder wird gebeten, gegen Belohnung dieſelbe im Abgeordnetenhaus, Zimmer 78, abzugeben.

Spartakus in Treptow-Baumſchulenweg. Der Arbeiterrat iſt bekanntlich hier nur aus Spartakusleuten gebildet. Die in der größten Verſammlung, die in Treptow-Baumſchulenweg je ſtattgefunden hat, gewählten Vertreter der Mehrheitspartei werden von den Spartakusleuten nicht zugelaſſen, ſie wollen allein herrſchen. Der ſo zuſammengeſetzte Arbeiterrat hat nun an die Gemeindeverwaltung den Antrag geſtellt, neben der beſtehenden noch eine beſondere, nur zu ſeiner Verfügung ſtehende Polizeitruppe von zunächſt 18 Mann zu ſchaffen. Da ſich eine Garniſon im Orte befindet, die bereit iſt, in etwaigen Bedarfsfällen ſofort Mannſchaften zu entſenden, iſt dieſe Neueinrichtung, die der Gemeinde vorerſt jährlich zirka 66 000 M., wahrſcheinlich aber bald mehr koſten würde, vorerſt nicht nötig. Als in der Gemeindevertreterſitzung am Dienstagabend Genoſſe Gerisch auseinanderſetzte, daß die Gemeindevertretung den Arbeiter- und Soldatenrat rückhaltlos anerkenne, daß aber verlangt werden müſſe, daß der Arbeiterrat nun endlich auch in gerechter paritätiſcher Weiſe zuſammengeſetzt werden müſſe, verübten die Tribünenbeſucher über dieſe mehr als ſelbſtverſtändliche Forderung einen ſolchen Lärm, daß der Bürgermeiſter die Sitzung ſchloß.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Neukölln. Vom 19. bis 31. findet eine Neuanmeldung des Zuckerbezuges beim Kleinhändler ſtatt. Die bisherigen Kundenliſten verlieren mit dem 31. Dezember ihre Gültigkeit. Bei der Anmeldung ſind die Zuckerkarten, die in dieſen Tagen zugeſtellt worden ſind, vorzulegen.

Reinickendorf. Auf Abſchnitt 82 werden 150 Gramm Kunſthonig, auf Abſchn. 85 u. 86 je ein halbes Pfund Marmelade abgegeben. Anmeldung hat bis einſchl. 24. d. M. zu erfolgen. Vom 19. d. M. ab in den amtlichen Verkaufsſtellen auf jede Ausweiskarte gegen Abſtempelung des Felds 16 ein halbes Pfund Däniſcher Fettkäſe. Auf Abſchnitt 175 125 Gramm Heringe. Anmeldung bis einſchließlich 22. d. M. Auf Dezemberabſchnitt der Kinderkarte C ein Viertelpfund Schokoladenpulver oder eine kleine Tafel Schokolade. Die Nummerabſchnitte für Dezember dürfen nicht abgetrennt werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Schmargendorf. Freitag, den 20., abends 8 Uhr, öffentliche Verſammlung des Wahlvereins. 1. Vortrag des Genoſſen Emmel. 2. Freie Ausſprache und Anfragen. Die Verſammlung wird im Lokal Schützenhaus, Berlin-Schmargendorf, Hundekehleſtraße, abgehalten.

Rahnsdorf. Auch am 15. Dezember konnte der große Saal des Paradiesgarten nur einen Teil der Beſucher faſſen, die zur öffentlichen Verſammlung kamen. Nach einem feſſelnden Vortrage des Gen. Sanitätsrat Dr. Hirſchfeld über: „Gegenwartsforderungen aus dem Erfurter Programm“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde, berichtete der kommiſſariſche Gemeindevorſteher Herr Reſchke über den Stand der Gemeindefinanzen. Jetzt ſteht feſt, daß die aus ungezahlten Rechnungen und zum Teil gar nicht genehmigten Darlehen beſtehenden Schulden der Gemeinde (2300 Einwohner) über 500 000 M. betragen, ohne daß bisher irgend eine Deckung dafür auffindbar wäre. Gen. Miethke zerpflückte ein gegen den A.- und S.-Rat verbreitetes Flugblatt der Schöffen und Gemeindevertreter, welche in ihrem ohnmächtigen Zorn zu den ſchmutzigſten Waffen der Verdächtigung und Unwahrheit greifen. Er teilt gleichzeitig mit, daß der A.- und S.-Rat ſich angeſichts der in der Verwaltung feſtgeſtellten Zuſtände gezwungen ſah, die Schöffen ihres Amtes zu entheben und die Gemeindevertretung aufzulöſen. Die Herren Braam und Schnamm von der alten Gemeindevertretung verſuchten vergeblich, die alte Wirtſchaft zu verteidigen. Nach längerer lebhafter Diskuſſion gelangte eine Reſolution gegen 2 Stimmen zur Annahme, die die Anſchuldigungen der früheren Schöffen und Gemeindevertreter gegen den A.- und S.-Rat als böswillige Beleidigungen, zum Teil wider beſſeres Wiſſen gemacht, bezeichnete. Sie bekundete ferner, daß die Auskehr in der Gemeindevertretung eine unbedingte Notwendigkeit war.

Niederſchönweide. In einer gutbeſuchten öffentlichen Volksverſammlung referierte Gen. Franke über: „Auf zum Wahlkampf“, wobei er die ſchleunige Einberufung der Nationalverſammlung verlangte. In der Diskuſſion ſprachen auch 2 Unabhängige, die ſich ebenfalls für die baldige Einberufung der Nationalverſammlung und für die Vereinigung beider ſozialdemokratiſchen Parteien ausſprachen.

Kaulsdorf. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, in Hamanns Geſellſchaftshaus, Frankfurter Str. 50, öffentliche Verſammlung der Frauen und Männer Kaulsdorfs. Tagesordnung: „Das neue Deutſchland“. Referent: Arbeiterſekretär Genoſſe Hermann Müller. Bericht des Arbeiterrates.

Fichtenau. Am 15. Dezember fand eine Volksverſammlung zur Einleitung des Wahlkampfes ſtatt. Gen. Baumeiſter ſprach unter großem Beifall über: „Was will die Sozialdemokratiſche Partei“?“ unter Betonung der dringenden Notwendigkeit der Einigung der Arbeiterbewegung bei entſchiedener Ablehnung des ſpartakiſtiſchen Flügels. Genoſſe Rühle von den Unabhängigen erklärte ſein Einverſtändnis mit dem Referat; auch er hofft auf baldige Wiedervereinigung der Partei.

Adlershof. Freitag, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Herrn Wölfſtein, Bismarckſtr. 75, eine öffentliche Volksverſammlung ſtatt (ſiehe Inſerat). Gen. Heitmann ſpricht über: „Die kommende Nationalverſammlung“.

Mahlsdorf (Oſtbahn). Große öffentliche Volksverſammlung heute, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn E. Anders, Bahnhofſtraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rudolf Wiſſell über: „Deutſchlands Zukunft“. 2. Freie Diskuſſion. Alle erwachſenen Frauen und Männer ſind eingeladen.

Gerichtszeitung.

Unter dem Verdacht des verſuchten Mordes iſt ſeinerzeit das 21jährige Dienſtmädchen Ella Baum in Haft genommen worden, doch hat ſich aus dem Strafverfahren nur eine Anklage wegen verſuchten ſchweren Diebſtahls entwickelt, die ſie geſtern vor die 1. Strafkammer des Landgerichts II führte. Die ſchon vorbeſtrafte Angeklagte war bei einer Frau Wohlgemut in Friedrichshagen in Stellung geweſen und hatte dort Diebſtähle ausgeführt, die ihr eine Gefängnisſtrafe von 8 Monaten einbrachten. Nun wurde ſie von Rachegedanken gegen ihre ehemalige Dienſtherrin erfüllt und als ſie am 1. Oktober aus dem Gefängnis entlaſſen worden war, war es ihr erſtes, daß ſie ſich von ihrem Nebenverdienſt ein Beil kaufte. Mit dieſem bewaffnet, begab ſie ſich zur Wohnung der Frau W., ſchlug mit dem Beil ein Fenſter ein und gelangte ſo in die Wohnung und in das Schlafzimmer. Sie kroch unter das Bett, das Beil hatte ſie neben ſich und wartete darauf, daß Frau W. ſich zur Ruhe begeben würde. Als dieſe eben im Begriff war, ſich zu entkleiden, ſah ſie zu ihrem Entſetzen eine Hand unter der Bettſtelle hervorragen und ſchrie laut um Hilfe. Dies veranlaßte die Angeklagte, unter dem Bett hervorzukriechen und ihr weiteres Schickſal abzuwarten. In der Vorunterſuchung hatte ſie ohne weiteres zugegeben, daß ſie die Abſicht gehabt habe, die Frau kalt zu machen. Vor Gericht widerrief ſie dieſes Geſtändnis und behauptete, daß ſie nur beabſichtigt habe, einen Diebſtahl auszuführen und das Beil nur zum Einſchlagen der Fenſterſcheibe mitgenommen habe. Von der Anklage des verſuchten Mordes mußte abgeſehen werden, da es ſich nur um vorbereitende Handlungen handelte, dagegen beantragte der Staatsanwalt wegen verſuchten ſchweren Diebſtahls unter Mitführung einer Waffe drei Jahre Zuchthaus. — Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Wetterausſichten für das mittlere Norddeutſchland bis Freitagmittag. Zunächſt ziemlich mild, vorwiegend trübe mit weitverbreiteten, im Oſten meiſt geringen, im Weſten vielfach ſtarken Regenfällen, ſpäter aufklarend und etwas kühler.

Seide **Leiser** **Blusen**

Seiden-Schleierstoff in vielen Farben 12,50

Paillette-Seide weiche Qualitätsware in mod. Farben 13,50

Granitseide doppeltbr. solid. Gewebe für Kostüme u. Kleider 29,50

Neu eröffnet! Leipzigerstr. 65
Fertige Kleider, Blusen + Jupons

Popeline-Bluse reich bestickt 39,50

Spachtel-Bluse auf Chiffon 49,50

Opernhaus
Unter den Linden.
Figaros Hochzeit.

Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt.
Kater Lampe.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 U.: Der Kaufmann v. Venedig.
Kammerspiele.
7 Uhr: Michael Kramer.
Freitag 7 Uhr: Der Sohn.
Kl. Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1, Port. 5.
7½ Uhr: Frühlings Erwachen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: Der Kirschgarten.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der Schöpfer.
Freitag: Peer Gynt.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Nachtbeleuchtung.
Sonnabend 4 Uhr:
Die Reise ins Schlaraffenland.

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
8 Uhr: Musik.
Freitag: Musik.
Sonnabend: Musik.
Sonntag nachm.: Erdgeist.
Sonntag abend: Musik.
Montag: Musik.
1. Feiertag nachm.: Fünf Frankfurter.
1. Feiertag abend: Musik.
2. Feiertag nachm.: Erdgeist.
2. Feiertag abend: Rosmersholm.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Tägl. u. an beiden Feiertagen:
8 Uhr: Tanzende Nymphe.

Berliner Theater
Tägl. u. an beiden Feiertagen:
½8 Uhr: **Sterne,**
die wieder leuchten.
Sonnabend nachm. ½4 Uhr:
Lisl's Märchenreise.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4427,2814
Nachm. 3½ U. kleine Preise:
Rotkäppchen.
Täglich 7½ Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wüst, Bruno Kastner,
Emma Debner, Hugo Flink,
Gonia, Schönfeld, Tollen.
Freitag 3½: Schneewittchen.
Sonnab. 3½: Hänsel u. Gretel.
Sonntag 3½ U.: Rosmersholm.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstraße.
7½ Uhr täglich:
Drei tolle Tage.
Operette von Zerlig.
von Möllendorf, Cleron, Georg.
Sonnt. 3: Hänsel u. Gretel i. Z.

Walhalla-Theater.
3½ Uhr: Hänsel und Gretel.
7½ Uhr:
August der Starke.

Rose-Theater.
Gastspiel des Friedr.-Wilh. Theaters. 7½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus.

Residenz-Theater.
Voranzeige!
Weihnachten und folg. Tage 8 Uhr:
Der Lebensschüler
von Ludwig Fulda
mit Eugen Burg.

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Das dreiaktige Volksstück
Die goldene Brücke.
Vorher: erstkl. Spezialitäten.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Friede auf Erden.

Luisen-Theater.
7½ tägl.: Wenn man im Dunkeln küßt.
Sonnab. 3: Die 7 Raben.
Sonnt. 3: Die Waise aus Lowood
Am 1. und 2. Weihnachtstage:
7½: Neue Heimat.

National-Theater.
Cöpenicker Str. 68. Tägl. 7½
Prinzenliebe.

Intimes Theater
am Nollendorfplatz.
Bülowstr. 6. Lützow 2363.
7½ Uhr:
Neues Programm!
Erstklassige Spezialitäten.
Soldaten als Ehrengäste (wochentags) freien Eintritt

Circus
Busch
Tägl. 7½. Sonnt. 3½ u. 7½ U.
Das großart. Programm
u. a. Herr Planet u. Partnerin
herkul. Matrosen-Kraftakt
Zum Schluß:
Oberon
Phantast. Wasserpantomime.
Sonnt. 3½: Hänsel und Gretel.

Winter-Garten
Anfang 7½ Uhr.
Anita Berber
Neue Tänze
sowie der
große
Dezember-Spielplan!

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7½, Sonnt. 3½ u. 7½
Die Welt geht unter!
Senta Söneland
Franz Rauch
usw.
Sonnt. 2½ Uhr jeder Erwachsene 1 Kind frei!

UT
NOLLENDORFPL.

JETTCHEN GEBERT
II. TEIL
REGIE: RICHARD OSWALD

Fledermaus
Unter d. Linden 14
5-Uhr-Tanz-Tee
7 Uhr abends
das
Große Programm

Admiralspalast
Beginn 8 Uhr, Ende 10¾.
Die Prinzessin von Tragant.
Sajdah.
Wer ist die Schönste?
Warme Speis. a. all. Pl.

Admirals-Kino
Bettelgräfin
Mia May

Theater für Donnerstag, den 19. Dezember

Central-Theater
7½ Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Fidelio.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Hannerl.
Das Dreimäderlhaus
2. Teil.

Kleines Theater.
8 Uhr: Freie Knechte.

Lustspielhaus
7¾ Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: Die Faschingsfee.
Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: Die Glocken von Corneville.
Stg. 3½: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater
7½ U.: Friedensverhandlungen.

Komische Oper
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Stg. 3½: Schwarzwaldmädel.

Palast-Theater.
7½ Uhr: Der Mikado.
Sbd. 3½: Der Struwelpeter.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Das Konzert.

Thalia-Theater
7¾ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Sbd. 3½ Uhr: Frau Holle.

Th. am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Weh' dem, der lügt.
7 Uhr:
Der selige Vetter?

Theater des Westens
7½ Uhr: Die lustige Witwe.
Sbd. 4 Uhr: Aschenbrödel.

Wallner-Theater
7½ Uhr: Graf Habenichts.
Sonnabend, Sonntag 3½ Uhr:
Der Märchenwald.

MARMOR HAUS
3 Uraufführungen
Harry Higgs
(Hans Mierendorf)
16. Abenteuer
Dr. Humsons Lebenswerk
Regie: R. Meinert
Außerdem:
Vera Panina
Zigeuner-Roman
in 5 Akten
Hauptrolle:
Maria Widal
6¹⁵ 8¹⁵

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
an der Marſchallbrücke.
Uebermorgen, Sonnabend, den 21. Dezember 1918, 8 Uhr:
Zum 75. Male:
Die tanzende Nymphe.
Luſtſpiel in 3 Akten von Rudolf Schanzer und Ernſt Welliſch.

Schloßbrauerei Schöneberg
Hauptſtraße 122/123.
Täglich:
Ringkämpfe
der bedeutendsten Ringer der Welt.

Im erſten Stock
Kerkau-Palast
Behrenſtr. 48
4 Uhr **Tanz-Kränzchen**
Sehenswerte Dekoration für Truppenempfang
Eintritt frei.
[illegible]

Die Roſendiele im Kaffee Zielka

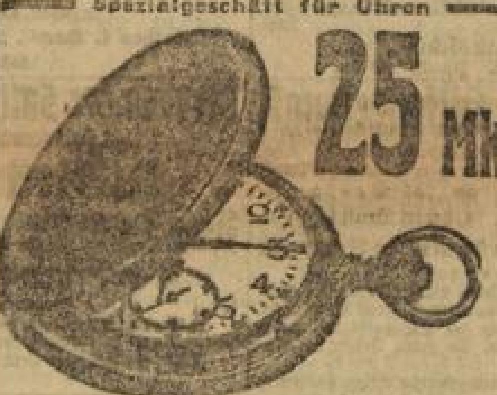
Ein überaus eleganter Salon, eine Sehenswürdigkeit erſten Ranges, wird dieſen Sonnabend abend (den 21.) als Weinabteilung im **Parterre des Kaffee Zielka** (Equitable-Palaſt, Friedrichſtr. 59/60, Ecke Leipziger Straße) eröffnet. Es iſt in ſeiner ganzen Anlage ein intimer, ungemein traulicher Raum, dem die ſchönſte Blume, die **Roſe**, ſymboliſch ihren Grundcharakter gibt. Die Decke und die Wände ſind mit Gemälden des Malers Herrn Frilling geſchmückt, die, in ungemein poetiſcher Symbolik Szenen aus der klaſſiſchen Mythologie darſtellen. Die helle Täfelung der Wände erzeugt im Verein mit den Gemälden und dem Roſenſchmuck eine angenehme, lebensfrohe, angeregte Stimmung. Die Möblierung nach künſtleriſchen Entwürfen iſt von größter Eleganz. Das Ganze iſt von einer Schönheit, Traulichkeit und Gemütlichkeit, wie es in dieſer Art als Weinſalon kaum irgendwo Gleiches zu finden ſein dürfte. 280/30

---

26. Dezbr. (2. Weihn.-Feiertag), Beethovensaal 7½
Heiterer Abend 171/0
MARCELL SALZER
Karten 5, 4, 3, 2, 1 M. bei Bote & Bock, A. Wertheim.

Beethovensaal. Freitag, den 20. Dezbr., 7½ Uhr:
Liszt-Abend — Richard Singer
Karten 5, 4, 3, 2 M. Bote & Bock, Wertheim, Abendk.

Spezialgeschäft für Uhren



25 Mk.

Hochfeine
Anker-Remontoir-Goldfine-Uhr
vorzüglich gehend, — in äusserst gefälliger Ausführung (s. Abbild.), — einer echt goldenen Uhr täuschend ähnlich — auf Genauigkeit und guten Gang geprüft — zum Ausnahmepreise von 25.— Mark — soweit Vorrat. —
In grösster Auswahl:
14 karät. goldene Armband-Uhren (neueste Fassons) — Tula-Uhren — silberne Remont.-Uhren — Damen-Uhren — Kavalier-Uhren — Pinqué-Uhren — Schweizer Uhren — Leuchtuhren etc., gut gehend, genau reguliert.
E. Möbis, 14 Beuthstr. 14 am Spittelmarkt.

Kaffee Zielka
(Equitable)
Friedrichstr. 59/60, Ecke Leipziger Straße.
Täglich
von nachmittags 3 Uhr bis abends 10½ Uhr
ununterbrochen 280/3
Billard-Wettspiele
zwischen den Billardmeistern
Hagenlocher, Grote, Stuckaß und Becker.

ORIENT am Strausberger Platz
das größte und schönste
Konzert-Café-Kabarett in Berlin O
Spielplan vom 16.—31. Dezember:
Gertrud Hinzer
Kurt Fritz — Esa Dan
Dietrich Lips
Geschwister Clarence
Triby-Tanz-Duett
Walter Bährmann
Max Wardini
Die gute Musik. Tonkünstler-Konzert (10 Solisten).
Anfang an Wochentagen 5½ Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Deutsche Ausstellung 293/4
„Sparsame Baustoffe“ Ausstellg. am Zoo.
Die Lösung der Wohnungsfrage.
Geöffnet 10—½5 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Eintritt 1 M.
Katalog gegen Einsendung von 2 Mark franko.

Achtung! Achtung!
Verkaufe ſtändig Rolle, junge Geſchäfts- und Wagenpferde, tauſche und kaufe ſtändig Pferde, ſtreng reell. 172/14 Jordan, Weberſtr. 62. Fernruf: Alexander 1718.

Alexander-Platz **Skandinavia** Dirksenstr. 26/27, Gr. a. Bahnh.
Während der neuen Polizeistunde Vorträge von 8-10 U.
Henry Bender.
Gisa Kolbe u. 8 weitere Attraktionen.
Rheinische Winzerstuben.
Allseitig gerühmte Küche — echte Biere
Abendessen ab 5 Uhr.
Künstler-Konzert von 5-9 U.

ZAUBERFLÖTE
Kommandantenstr. 72
Inhaber Carl Fiedler
In der Geheimratsdiele und im Paradies-Saal:
Heute: Großer Ball
Tanzleitung: Ottchen Bergmann mit ſeinen 5 Berliner Rangen: Fritzi, Fränzi, Reſichen, Paulchen und Julchen und die beliebten Vortänzer-Paare.
Wochentags Anfang 7, Sonntags 5 Uhr.

Altes Ballhaus
Wiedereröffnung 171/0
2. Weihnachts-Feiertag
Kein Bierzwang. Dir. Hahn & Rütershaus.

UT KURFÜRSTENDAMM
STUART WEBBS

Reichshallen-Theater
Allabendlich 7½ Uhr u. d. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachm. ermäß. Preise!

Weihnachtsbäume in Waggon-Ladungen
treffen jetzt täglich ein
Berlin, Großgörſchenſtr. 12
Schlüter & Co.

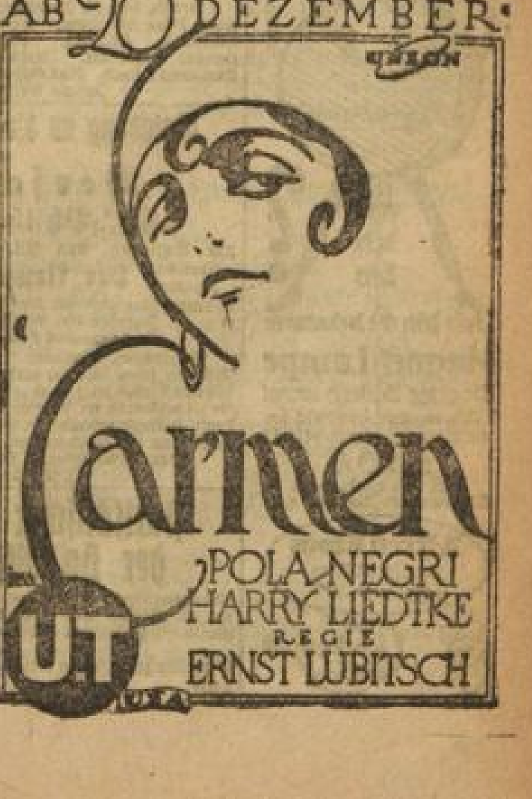
Zigarren
100 Stück v. 40 Mk. an.
Zur Probe 10 Stück M. 4.—, 6.—, 9.—, 12.—, 15.—, 20.—.
Zigaretten
vorrätig.
L. Mannheimer, Berlin, Bergmannstr. 1, I ([illegible])

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel
gegen bar od. erleichterte Zahlungsweise.
Pelzhaus Ahnco,
Leipziger Str. 88, I.

Geflügel billiger!
Solange Vorrat reicht:

Gänseklein	Stück	M.	3.—
Gänseleber	Pfund	„	13,50
Gänsekeulen	„	„	8,45
Jg. Bratgäns.	„	„	7,25
Bratputen	„	„	8,25
Fl. Masthähne	„	„	8,50 an
[illegible]	„	„	8,95
Mastenten	„	„	9,25 an
Mastputen	„	„	9,25

H. Tesches Nachf. Schmidt,
Planufer 31 u. Rosenthalerſtr. 55.
2. Geſchäft: Friedenau-Wilmersdorf am Bahnhof.



Verein der Freidenker für Feuerbeſtattung

Sitz Berlin. Gegr. 1905

Geſchäftsſtelle: Hermann Müller, NW 23, Cuxhavener Straße 15.

Am 13. d. M. verſtarb unſer Mitglied

Albert Bartz

im Lazarett Weſtend.

Ehre ſeinem Andenken!

Die Einäſcherung findet Freitag, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtſtraße 37 ſtatt. 200/17

Um zahlreiche Beteiligung erſucht Der Vorſtand.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenoſſen.

Zahlſtelle Berlin.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß nachſtehende Kollegen geſtorben ſind:

Paul Basten

Flaſchenkellerarbeiter (Schultheiß I).

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachm. 3½ Uhr, auf dem Elias-Kirchhof in Nordend ſtatt;

Gottl. Natuschke

Brauer (Brauerei Wanninger).

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr, auf dem Flora-Kirchhof in Nordend ſtatt.

Um rege Beteiligung wird erſucht. 42/16

Nachruf.

Unſeren Mitgliedern bringen wir zur Kenntnis, daß der Kollege

Michael Lancas

Flaſchenkellerarbeiter (Schultheiß I)

geſtorben iſt. Die Beerdigung fand am 18. d. Mts., nachm. 3½ Uhr, auf dem Garniſon-Friedhof in der Haſenheide ſtatt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Als Opfer der Revolution fiel am 6. Dezember unſer lieber Sohn und Bruder, der Grenadier

Walter Schmidt

2. Garde-Regt. zu Fuß, Erſ.-Batl., 1. Komp., 12. Korp.

Die Leichenfeier findet am Sonnabend, den 21. Dezember, 12 Uhr, vom Humboldthain aus nach dem Friedrichshain ſtatt. Alles Nähere ſiehe Tageszeitung. Franz Schmidt nebſt Frau und Kindern. Tiſchler und Möbelhändler, Swinemünder Str. 34, I.

Den Freunden und Kollegen die Nachricht, daß unſer Kollege, der Klempner

Richard Mahlke

am Sonnabend, den 14. Dezember nach kurzem, aber ſchwerem Leiden verſtorben iſt. 6305

Wir werden dem Entſchlafenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen und Mitarbeiter der Firma Paul Willmann, Blücherſtr. 12.

Die Beerdigung findet am 21. Dezember in Königshorſt ſtatt.

Dankſagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzſpenden zum Begräbnis meines innigſtgeliebten Mannes, ſage allen Verwandten und Bekannten, insbeſondere Herrn Paſtor Beiſſan für die troſtreichen Worte meinen innigſten Dank.

17. Dezember 1918.

Frau Emma Lange geb. Lange. 4231

Wiſſen Sie wer ich bin?

Ich bin die bekannte Magnet-Lampe die ohne Batterie brennt (Ich leuchte – sobald an der Kette gezogen wird.)

Für 20 Mk. bin ich zu haben. Schreiben Sie nur an

Alfred Kraus
Berlin NO 55
Lippehner-Str. 8

Sozialdemokratiſcher Wahlverein Adlershof.

Freitag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, bei Wöllſtein, Bismarckſtr. 75:

Volksverſammlung.

Tagesordnung:

Die kommende Nationalverſammlung.

Referent: Genoſſe A. Hellmann.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird das Erſcheinen aller Männer und Frauen Adlershofs erwartet

Der Vorſtand.

Deutſcher Metallarbeiterverband

Verwaltungsſtelle Berlin — N 54, Linienſtr. 83—85.

Geſchäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Fabrik-Rohrleger und Helfer!

Freitag, den 20. Dezember 1918, nachm. 5½ Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147:

Verſammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu unſerem Kollektivvertrag.
2. Diskuſſion.

Es iſt Pflicht jedes Kollegen pünktlich zu erſcheinen.

123/18 Die Ortsverwaltung.

Frauen Lichtenbergs!

Freitag, den 20. Dezember, abends 7½ Uhr, in der Aula des Cäcilien-Lyzeums, Rathausſtraße 8:

Große öffentliche Frauenverſammlung.

Tagesordnung:

1. **Die Frauen im neuen Deutſchland.** Ref.: Frau Marie Juchacz vom Parteivorſtand. (S.P.D.)
2. Ausſprache. 243/12

Es iſt Pflicht jeder denkenden Frau in dieſer Verſammlung zu erſcheinen.

Die Einberuferin: Elſe Schelbenhuber.

Deutſcher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Tel.: Amt Moritzplatz 10683, 3578. Bureau: Rungeſtr. 30.

Donnerstag, den 19. Dezember, abends 6 Uhr, bei Staben, Michaelkirchſtr. 24:

Allgemeine Schirmmacherverſammlung.

Alle in der Schirmbranche beſchäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ſind hiermit zu dieſer Verſammlung eingeladen.

81/10 Die Branchenleitung.

Vereinigung ſozialdemokrat. Lehrer

(S. P. D.)

Freitag, den 20. Dez., abends 6½ Uhr, in der Neuen Philharmonie, Cöpenicker Str. 96/97:

Politiſche Beſprechung.

Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen, die ſich auf den Boden der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands ſtellen, ſind eingeladen. 209/6

Der Werbeausſchuß.

Blum. Dr. Lohmann. Pauli. Wiſſe.

Kellner! Köche! Hilfsperſonal!

Donnerstag, den 19. Dezember 1918, abends 11 Uhr, in der Philharmonie, Bernburger Str. (am Potsdamer Platz):

Große öffentliche Verſammlung

aller im Gaſtwirtsgewerbe tätigen Perſonen

Tagesordnung:

1. Der Achtſtundentag und ſeine Durchführung im Gaſtwirtsgewerbe. Referent: Hugo Poetzsch. 2. Freie Ausſprache.

Kollegen! Bei der Bedeutung der Tagesordnung iſt es dringende Pflicht aller Angeſtellten, für guten Beſuch der Verſammlung Sorge zu tragen.

Zutritt haben nur alle im Gaſtwirtsgewerbe tätige Perſonen.

88/2 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Konferenz der Rohrleger und Helfer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

am Freitag, den 20. Dezember 1918, abends 6 Uhr, im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 15, Saal 11.

Pünktliches und zahlreiches Erſcheinen iſt Pflicht eines jeden Kollegen!

123/18 Die Agitationskommission.

Am 22. Dezember 1918, vormittags 10½ Uhr, ſoll einem dringenden Wunſche der jüngeren Anwaltſchaft durch Abhaltung einer 4920

Anwaltsverſammlung

im Anwaltshaus, Schöneberger Ufer 40, entſprochen werden, zu der wir einladen.

Tagesordnung: 1. Simultanzulaſſung und Unterzeichnung des gemäß § 10 Abſ. 1 R.A.O. erforderlichen Antrags. 2. Örtliche Zuſammenlegung der Berliner Zivilkammern und der Kammern für Handelsſachen. 3. Normativbeſtimmungen über die gleichmäßige Verleihung des Notariats an alle Rechtsanwälte. 4. Fragen der Berufsorganiſation.

Wir bitten um zahlreiches Erſcheinen der jüngeren Kollegen.

Am 19. Dezember, abends 6½ Uhr, im Anwaltshaus, finden die Vorſtandswahlen zum Berliner Anwaltsverein ſtatt. Im Intereſſe der Kriegsteilnehmer erſcheint eine Vertagung der Neuwahlen geboten. Wir halten es für die Pflicht der Kollegen, alles zu tun, um die Vertagung herbeizuführen.

Berlin, den 12. Dezember 1918.

Hans Fritz Abraham. Ascher. Ludwig Bendix. Crasselt. Dittmann. Döhring. Erich Fabian. Alfred Friedmann. Gaede. Goetzel. Hulisner. Kiesel. Franz Köhler. Hermann Münch. Max Oppenheim. Samelwitz. Walter Simon. Julius Weigert. Ernst Wolff.

Einladung an die Jugend Groß-Berlins

zu einer

Verſammlung

im großen Saal der **Philharmonie,** Bernburger Straße,

am Sonntag, den 22. Dezember, mittags 12 Uhr,

über das Thema: **Der Neuaufbau des Reiches.**

Redner: Staatsſekretär Dr. Koeth,
Profeſſor Dr. Wilbrandt,
Lic. Sigmund Schulze, Direktor d. ſtädt. Jugendamtes.

Jugendorganiſationen, Studenten, junge Männer und Mädchen jeden Berufes und jeder Konfeſſion, auch Schüler der höheren Klaſſen zeigt durch zahlreiches Erſcheinen Euer Intereſſe für die Neuordnung im deutſchen Reiche, der Jugend gehört die Zukunft, deshalb erſcheint in Maſſen zu dieſer Kundgebung für die Erhaltung der Reichseinheit. Der Eintritt iſt frei.

Der Arbeitsbund für das neue Deutſchland.

J. A.: Dr. Niedermayer. 228/17

Paritätiſcher Arbeitsnachweis der Holzbildhauer Berlins.

Arbeitsnachweis täglich von 9—11 Uhr vormittags. Vermittelt werden künftig alle Holzbildhauer nur durch den jetzt paritätiſch geleiteten Arbeitsnachweis, Engelufer 15 B, parterre, Zimmer 11.

Einſtellungen erfolgen ebenfalls nur durch dieſen Arbeitsnachweis.

1/20* Die Verwaltung.

Passende Weihnachts Geschenke

Flauschmantel ..	125^{00}	Mantel m. Pelzfutter ..	275^{00}
Mantelkleid	195^{00}	Bluse weiß, bestickt Schleierstoff	26^{50}
Jackenkleid	175^{00} 125^{00}	Bluse farbig, bestickt Schleierstoff	33^{50}
Jackenkleid	275^{00} 225^{00}	Samtbluse	48^{00} 38^{00}

Kleideröcke (Reichsware)........ 20^{60} 28^{60} 35^{35} 47^{60}

Oranien-platz R. M. Maassen G.m.b.H. Leipziger Str. 42

---

3 große Versammlungen

für 262/5*

Beamtinnen, Lehrerinnen u. weibl. Angeſtellte

am Freitag, den 20. Dezember, abends 7½ Uhr,

in folgenden Sälen: Comenius-Säle, O, Memeler Str. 67,
Gewerkſchaftshaus, Engelufer 16,
Humboldt-Säle, N, Huſſitenſtr. 40.

Thema: **Die berufstätige Frau u. die Sozialdemokratie.**

Rednerinnen:

Frl. Hoppe, Frl. Lodahl, Frl. Wachenheim und zahlreiche Beamte und Beamtinnen.

Beamtinnen, Lehrerinnen, weibliche Angeſtellte! Erſcheint in Maſſen!

Der Werbeausſchuß für Beamte und Beamtinnen.

Zentral-Kranken- und Sterbekaſſe für Arbeiter aller Berufe Deutſchlands. V. V. a. G. Sitz Meißen.

Alle unſere vom Heer entlaſſenen Mitglieder erſuchen wir, ſich umgehend unter Vorlage ihres Mitgliedsbuches ſowie Militärpaſſes bei unſeren Verwaltungsſtellen ſich wieder anzumelden und den Revers nach § 6, Ziffer 6, zu unterſchreiben, worauf die Wiederaufnahme erfolgt.

Dieſelben treten wieder in die vollen Rechte ein, die dieſelben bereits vor ihrer Einberufung beſeſſen haben.

Wo die Adreſſe der Vorſitzenden nicht bekannt iſt, wolle man ſich direkt nach hier wenden und wird dieſelbe dann umgehend mitgeteilt.

Meißen i. Sachſ., im Dezember 1918. 289/15*

Die Zentralverwaltung. A. Hamel, Vorſitzender.

Verband der Sattler u. Portefeuiller.

Ortsverwaltung Berlin.

Militärſattler!

Freitag, den 20. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr, im gr. Saale des Gewerkſchaftshauſes, Engelufer 15:

Branchenverſammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterſtattung der Kommiſſion von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskuſſion.

Vollzähliges Erſcheinen der Mitglieder erwartet

Die Branchenleitung.

Verſicherungsangeſtellte!

Ihr habt die Entſchuldungsſummen immer noch nicht gezahlt erhalten! Wir wollen über die zentralen Verhandlungen mit dem Verband der Verſicherungs-Unternehmer Bericht erſtatten und laden deshalb alle Verſicherungsangeſtellten zum

Freitag, d. 20. Dezbr., nachmittags 4½ Uhr, zur

Oeffentlichen Versammlung

nach dem Luſtgarten (National-Galerie).

Der Freitag ist der Tag der Entscheidung!

Berichterſtatter: Fritz Schmidt. Beſchlußfaſſung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Sektion der Versicherungsangestellten.

Verband der Bureauangestellten Deutschl.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bureau: O. 27, Dirckſenſtr. 4, 1 Tr. Geöffnet: 9—1 u. 4—7 U. (Sonnabend nachmittags geſchloſſen)

Fernſpr.: Amt Alexander Nr. 1427 u. 8170. Poſtſcheckkonto Nr. 21 015, Franz Krüger. Stellennachweis geöffnet von 9—12 U.

Donnerstag, den 19. Dezember, nachm. 4½ Uhr, im „Berliner Kindlhaus“, Ohmſtr. 2:

Versammlung

der Beamten, Angeſtellten und Hilfskräfte ſämtlicher Krankenkaſſen Groß-Berlins.

Tagesordnung:

1. a) Die Beſchlüſſe der Zentralkommiſſion.
   b) Unſere Forderungen zur Gehaltsneuregelung. Referent: Kollege Krüger.
2. Ausſprache und Beſchlußfaſſung.

Alle Kollegen und Kolleginnen werden um ihr Erſcheinen erſucht. Die Branchenleitung.

Freitag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, in „Haverlands Feſtſälen“, Neue Friedrichſtr. 35:

Versammlung

der Beamten, Angeſtellten und Hilfskräfte ſämtl. Berufsgenoſſenſchaften Gr.-Berlins.

Tagesordnung:

1. a) Die Regelung der Uebergangszeit bei den Berufsgenoſſenſchaften.
   b) Unſere Forderungen zur Gehaltsneuregelung.
2. Ausſprache und Beſchlußfaſſung.

Alle Kollegen und Kolleginnen (auch Nichtmitglieder) werden um ihr Erſcheinen erſucht. Die Branchenleitung.

Sämtliche Schachtmeiſter von Berlin und Umgegend

5039*

werden erſucht, ſich Sonntag, den 22. Dezemb., vorm. 10 Uhr, in Wollſchlägers Vereinshaus, Landsberger Str. 89, einzufinden.
Der Einberufer: August Schmidt, Rifa., Kaiſer-Friedr.-Str. 116.

Pferdeauktion!

Freitag, den 20. Dezember, morgens 9 Uhr, auf rote Pferdekarten; mittags 12 Uhr auf weiße Pferdekarten.

Händler ausgeſchloſſen.

1. Garde-Train-Erſatz-Abteilg. Berlin-Tempelhof.

Sportpelze

Gelegenheiten von 400 M. an.

Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Str. 16, am Alexanderplatz.

Gehpelz

mit gutem Tuchbezug und gutem Pelzfutter sehr preiswert zu verkaufen.

Gelegenheit! Blauer Bazar

Kaiser-Wilhelm-Str. 16, am Alexanderplatz.

10000 Rekl.-Zettel 18,75
1000 Bezugſcheine 7,90
1000 Koffer-Anhänger 20,—.
Buchdr. Kind, Palisadenstr. 10

Wie ein Wunder

beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flecht., Beinfraß, bes. Beinschad., Krampfadern d. Frauen u. dergl., in Originaldos. 2,25, 4,25, 7,50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Berlin SW 1, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Sealmantel

moderne Form, feinstes Seidenfutter, billig abzugeben.

Blauer Bazar

Kaiſer-Wilhelm-Str. 16, am Alexanderplatz. 992*

Auf Teilzahlung!

Damenuhren, Wanduhren, Zithern, Spieldosen, Handharmonikas, Geigen,

Grammophone

Jahre & König, Warschauer Str. 68.

Spiralbohrer

neu, kauft Peſenecker, Solinger Str. 1, Ert. v. Whf. Tiergarten, Bellevue. Linien 17, 10, 134, 13, O, W, ab 3 Uhr. 158/12*

Roßſchlächterei

eröffnet in

Hohenſchönhauſen, Steffenſtr. 11.

6035 Otto Martin.

Bekanntmachung.

Ausgabe von Süßſtoff an Haushaltungen.

Auf Grund von § 2 Abſ. 2 der Bekanntmachung des Magiſtrats vom 24 Juli 1916 über den Verkehr mit Süßſtoff und über Beſchränkung des gewerblichen Verbrauchs von Zucker wird bekannt gegeben, daß der Abſchnitt 40 der Süßſtoffkarte H im Dezember 1918 eingelöſt werden kann. Auf dieſen Abſchnitt iſt ein Päckchen Süßſtoff H-Packung zum Preiſe von 25 Pf. zu verausgaben und zu entnehmen.

Die Abſchnitte 1—38 dürfen im Dezember nicht mehr eingelöſt werden.

Berlin, den 16. Dezember 1918.

Magiſtrat.

Zuckerverſorgungsſtelle.

3740-Zu. 18. Dr. Reimann.

Bekanntmachung.

Von den am Dienstag zum Verkauf angeſetzt geweſenen ſtädtiſchen Gänſen ſind ungefähr 5000 Stück nicht abgeholt worden, ſo daß ſie, da ihre Aufbewahrung bis zum nächſten Freitag (dem nächſten Verkaufstage von ſtädtiſchen Gänſen) mit Rückſicht auf die begonnene Auftauung nicht angängig war, freihändig verkauft werden mußten.

Die bis Dienstag, den 17. d. M. zugeſtellt geweſenen Bezugſcheine für ſtädtiſche Gänſe mußten gemäß öffentlicher Bekanntmachung durch Säulenanſchlag am Dienstag eingelöſt werden.

Demgemäß ſind die Bezugſcheine für oben erwähnte 5000 Gänſe verfallen.

Der weitere Verkauf der ſtädtiſchen Gänſe findet nunmehr am Freitag, den 20. Dezember, nachmittags von 1½ bis 4½ Uhr, in den auf den Bezugſcheinen angegebenen Markthallen ſtatt.

Bezugsberechtigt an dieſem Tage ſind nur diejenigen, denen nach dem 17. d. M. Bezugſcheine zugeſtellt worden ſind. Dieſe Bezugſcheine ſind beſonders kenntlich gemacht, ſo daß jeder Verſuch, eine Gans auf einen verfallenen Bezugſchein zu erlangen, ausſichtslos iſt.

Berlin, den 18. Dezember 1918.

Magiſtrat, Abteilung f. Lebensmittelverſorgung

Berndt.

J.-Nr. 1722. Leb. II. 18.

Pferde-Verſteigerung.

Am Sonnabend, den 21. Dezember, vorm. 9 Uhr, findet beim Erſatz-Pferde-Depot des Gardekorps Berlin, Frieſenſtraße 15, die Verſteigerung von einer größeren Anzahl Pferden ſtatt. Nur Inhaber von Pferdekarten haben Zutritt. Händler ausgeſchloſſen. 235/8

Der Soldatenrat.

Hagedorn. Bandelsky.

Verkauf von Militärpferden.

Am Freitag, den 20. d. M., von 9 Uhr vormittags ab findet in der Kaſerne der unterzeichneten Abteilung in Berlin-Lankwitz der Verkauf von

Militärpferden

ſtatt. — Zu dieſer Pferdeverſteigerung werden nur Kriegsbeſchädigte und Minderbemittelte, die ſich als ſolche durch eine amtliche Beſcheinigung ausweiſen haben, zugelaſſen. Händler und Roßſchlächter haben keinen Zutritt.

4973 Zweite Garde-Train-Erſatz-Abteilung.

Am 19. Dezember 1918, 1 Uhr nachm., findet auf dem Kaſernenhof des Königin-Eliſabeth-Garde-Gren.-Regts. Nr. 3, Charlottenburg-Weſtend, die meiſtbietende

Verſteigerung

von etwa 200 ſchweren, mittleren und leichten arbeitsverwendungsfähigen Pferden ſtatt. Käufer müſſen im Beſitz von Pferdekarten und Legitimationen ſein. Händler ausgeſchloſſen.

4765* Regiment Eliſabeth.

Pferde-Versteigerung.

Zirka 75 Arbeitspferde kommen am Freitag, den 20. Dezember, 10 Uhr vormittags, Kaſernenhof 2. Garde-Ul.-Regts, öffentlich meiſtbietend gegen Vorzeigung der Pferdekarte zur Verſteigerung. Händler ausgeſchloſſen. 505D

Zentral-Pferde-Depot 3, Potsdam.

Weihnachtsgeschenke

Belmonte & Co

Leipziger Straße 97 u. Königstraße 30

Juwelen • Uhren

Besonders empfehlenswerte Geschenk-Artikel

Silberne Handtaschen
Gliederbänder mit Edelsteinen verziert
Siegelringe
Silberne Zigarrenetuis

Halsketten mit modernen Anhängern
Châtelaines
Damen- und Herrenketten
Armbanduhren
Bleistifte

Wir bitten zu beachten, daß wir unser Zweiggeschäft Königstraße 48 nach Königstraße 30, Ecke Neue Friedrichstraße, verlegt haben.

Brillanten, Juwelen, Perlen, Perlenkolliers werden zu hohen Preisen angekauft oder in Zahlung genommen.

Sonntag von 1—6 Uhr geöffnet.

Leichte Papiere,

zu Druckzwecken geeignet,

größere Posten vom Lager lieferbar.

Eugen Schlösser, Remscheid, Postfach 17.

4390*

Die polniſchen Anſprüche auf Danzig.

Danzig muß Freihafen werden.

Die großen Demonſtrationen in Danzig gegen die Einverleibung dieſer rein deutſchen Stadt in den polniſchen Staat zeigen uns, daß die Beſtrebungen Polens, ans Meer zu kommen, zu ſehr ernſten Konſequenzen führen können. Es iſt natürlich, daß wir uns dagegen wehren müſſen, daß deutſche Gebietsteile von uns abgetrennt und unter eine fremde Herrſchaft geſtellt werden. Das darf aber nicht verhindern, klar zu erkennen, daß gerade in dieſen polniſchen Beſtrebungen ein tiefer Kern ernſter Berechtigung liegt. Polen wird, wenn es nationale Grenzen erhält, ein ziemlich großer Staat werden, ein Staat mit ſtarker Induſtrie und mit ſehr ausgedehnten Transportbedürfniſſen. Der mächtigſte natürliche Verkehrsweg Polens, die Weichſel, mündet aber auf deutſchem Gebiet bei Danzig in die Oſtſee. Und die Forderungen der Polen auf Danzig haben als Hintergrund die Notwendigkeit, für die polniſchen Produkte und für ſeinen Import einen freien Zugang zum Meere zu ſchaffen. Man muß darum ernſtlich verſuchen, den drohenden Konflikt im Wege einer vernünftigen Vereinbarung zu umgehen. Und das kann nur dadurch geſchehen, daß der Weichſelhafen an der Oſtſee, daß Danzig ein Freihafen wird, in dem polniſche Güter ohne jede Hemmung im gleichen Range mit deutſchen Gütern verfrachtet werden können. Das erſcheint uns die einzig mögliche befriedigende Löſung dieſer ſehr ernſten Angelegenheit.

Liebknecht gegen die A.- und S.-Räte!

Wieder eine Demonſtration vor dem Abgeordnetenhauſe.

Die ſtreikenden Berliner Former- und Gießereiarbeiter demonſtrierten geſtern unter Mitführung vieler roter Fahnen und Standarten in einer Zahl von etwa 8000 vor dem Abgeordnetenhauſe. Sie entſandten eine Deputation zum Rätekongreß. Unterdeſſen hielt Karl Liebknecht von einem vor dem Hauſe ſtehenden Automobil herab eine Anſprache. Er ſetzte wie gewöhnlich auseinander, die ſoziale Revolution habe noch gar nicht begonnen. Die Metallarbeiter ſollten mit den Kapitaliſten nicht verhandeln, ſondern ganze Arbeit machen. Der Rätekongreß ſei von vornherein nicht auf der Höhe ſeiner Aufgabe geweſen; ſonſt hätte er ſich ſofort als Inhaber der höchſten Gewalt in Deutſchland proklamiert:

„Das hat der Kongreß unterlaſſen und damit hat er ſelbſt das Urteil über ſich gefällt. Die Maſſe der Berliner Arbeiter wird dieſes Urteil vollziehen!

Es wird keine Ruhe geben in Berlin!

Die Arbeiter werden ſich nicht in die Fabriken ſperren laſſen. Sie werden dieſen Kongreß kontrollieren und ſie werden durch gewaltige Demonſtrationen, wie die heutige, dieſem Kongreß ihre Meinung aufzwingen. Sie werden nicht ruhen und raſten, bis die Revolution eine ganze geworden iſt, bis ſie das erreicht haben, was ſie erreichen müſſen: die ſoziale Revolution!"

Liebknecht warf dem Kongreß vor, daß er nicht die ruſſiſchen Revolutionäre begrüßt hätte; auch hätte er einen Aufruf an die Arbeiterſchaft der ganzen Welt richten müſſen, ſich der Gewalt zu bemächtigen. Er ſchloß mit einem Hoch auf die Weltrevolution.

Volksbeauftragter Barth, häufig durch Widerſpruch und laute Proteſtrufe unterbrochen, ſuchte die Menge zur Beſonnenheit zu mahnen. Es ſei alles geſchehen, um die Intereſſen der Arbeiterſchaft wahrzunehmen. Wenn der Kongreß zu poſitiven Reſultaten kommen wolle, müſſe man ihn ungeſtört arbeiten laſſen. Das Parlament könne unmöglich alle Augenblicke ſeine Arbeiten unterbrechen und eine neue Kommiſſion empfangen.

Nach einem Matroſen und einem Arbeiter, die im Sinne Liebknechts ſprachen, ergriff dieſer ſelbſt nochmals das Wort, griff Barth ſcharf an und forderte die Berliner Arbeiter auf, die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegzufegen. Die Regierung wolle nicht Ernſt machen mit der ſozialen Revolution.

Ein Arbeiterratsmitglied aus Schleſien erklärte den Demonſtranten, er ſei von dem Benehmen der Berliner Arbeiterſchaft peinlich berührt. (Stürmiſche Unterbrechungen.) Ueberall ſonſt im Lande herrſche Ruhe und Ordnung. Allgemein erwarte man eine Feſtigung der wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſe. Das Wohl von Reich und Volk verlange, daß jeder ſeine Pflicht tue. Wohin würden die Berliner Arbeiter kommen, wenn die Genoſſen in Schleſien und anderswo keine Kohlen grüben, wenn die Eiſenbahner ſich weigerten, Kohlen und Lebensmittel nach den großen Städten zu fahren? (Stürmiſche Zurufe.)

Inzwiſchen war die abgeſandte Deputation auf dem Balkon des Hauſes erſchienen und verkündete, der Kongreß ſei bereit, ſie morgen zu empfangen. (Vereinzelte Bravorufe.) Eines ihrer Mitglieder, Müller geheißen, erklärte, die Arbeiterſchaft müſſe auf der Hut ſein: Der Rätekongreß wäre noch reaktionärer wie das alte Dreiklaſſenparlament! Ein anderes Mitglied der Deputation forderte ſodann die Arbeiter auf, ruhig abzuziehen und ſchloß mit einer Verherrlichung der — Unabhängigen Sozialdemokratie!

Gründung einer Deutſchen Liga für Völkerbund.

Eine Anſprache Erzbergers.

Die geſtrige Sitzung zur Bildung einer Deutſchen Liga für Völkerbund, die von etwa 60 Teilnehmern beſucht war, darunter führenden Politikern, Regierungsvertretern und Vorſtandsmitgliedern der in Frage kommenden Organiſationen begrüßte einſtimmig die Bildung dieſer Liga als einer notwendigen Zentralſtelle zur Zuſammenfaſſung der für den Völkerbundgedanken bisher wirkenden Beſtrebungen zu gemeinſamer Tätigkeit und mit dem Ziel, den wahren Völkerbundgedanken zu geſtalten und durchzuſetzen.

Nach einer eingehenden Debatte über die Ausgeſtaltung und Arbeitsmethode der Liga bildete ſich ein Ausſchuß, dem u. a. angehören: Prinz Max von Baden, die Volksbeauftragten Ebert und Haaſe, Unterſtaatsſekretär Bernſtein, Botſchafter Graf Bernſtorff, der frühere bayeriſche Miniſterpräſident von Dandl, Staatsſekretär a. D. Dr. Dernburg, Staatsſekretär Erzberger, Unterſtaatsſekretär Giesberts, Miniſter Dr. Haas, Profeſſor Dr. Jäckh, Geheimer Juſtizrat Dr. Junck, Geheimer Juſtizrat Profeſſor Dr. Niemeyer, Staatsſekretär Dr. Preuß, Profeſſor Dr. Quidde, Profeſſor Dr. Schücking, Staatsſekretär Dr. Solf, Frau Dr. Helene Stöcker und Max Warburg ſowie der öſterreichiſche Geſandte Dr. Hartmann.

Bei der Gründung dieſer Liga hielt Staatsſekretär Erzberger eine Anſprache, in der es u. a. heißt:

„Wir wiſſen heute, daß das Schickſal des eigenen Volkes in der Gemeinſchaft mit den anderen Völkern am beſten gewahrt iſt. Bei dem Bankrott der bisherigen Gewaltanarchie unter den Völkern gibt es nur eine einzige Rettung, die Rechtsgemeinſchaft der Völker. Daraus ergibt ſich die Notwendigkeit einer Einrichtung für die friedliche Beilegung aller Differenzen zwiſchen den Völkern. Das obligatoriſche Schiedsgericht iſt der Dreh- und Angelpunkt des Völkerbundes. Der Völkerbund wird kommen, aber nur auf dem Wege der Gerechtigkeit, — nie auf dem der Gewalt.

Als wir unſere Gegner zur Einleitung von Waffenſtillſtands- und Friedensverhandlungen erſuchten, geſchah dies unter der ausdrücklichen Vorausſetzung, daß der Rechtsfriede auf Grund der 14 Punkte des Präſidenten Wilſon geſchloſſen werden ſoll. Unſere Gegner haben dieſe 14 Punkte feierlich anerkannt. Präſident Wilſon hat für dieſe das ganze Gewicht ſeiner politiſchen Perſönlichkeit eingeſetzt. Mit ihm werden wir gegen jede tendenziöſe Auslegung irgendeines der 14 Punkte kämpfen, im feſten Vertrauen auf den endgültigen Sieg des Rechts. Ein Völkerbund ohne Deutſchland iſt die Verewigung der internationalen Spannung, eine ſtete Kriegsgefahr, der Völkerbund gegen Deutſchland iſt offener Kriegszuſtand. Ein 70-Millionen-Volk kann nicht von der Organiſation der Menſchheit ausgeſchloſſen werden, ohne die ſchwerwiegendſten Folgen für dieſelbe Menſchheit.

Joffe gegen Barth und Haaſe.

Geheimnisvolle „ſehr hohe Summen".

Aus Kopenhagen wird den „P. P. N." gemeldet, daß eine Meldung aus Rußland eingetroffen ſei, die die Antwort Joffes auf die Erklärungen Barths und Haaſes in der Waffenangelegenheit enthüllt und die Diskuſſion in ſcharfer Weiſe fortſetzt. Joffe behauptet, daß Barth ſehr wohl um den Urſprung des ihm durch deutſche Genoſſen übergebenen Geldes gewußt habe. Ueber Haaſe lautet ſeine Erklärung nicht ſo beſtimmt, dagegen wird noch Cohn-Nordhauſen in die Angelegenheit hineingezogen. Joffe behandelt Barth und Haaſe ſehr von oben herab und nennt ſehr hohe Summen, die er für die deutſche Revolution zur Verfügung geſtellt hätte.

* * *

Eine unbedingt zuverläſſige und kundige Stelle teilt uns zu der in dem Kopenhagener Briefe erwähnten ruſſiſchen Meldung mit: Die Behauptung, daß Haaſe von den ruſſiſchen Geldern und Waffen gewußt hat, wird von Joffe nicht mehr aufrecht erhalten. Was er jetzt anführt, iſt ein öffentliches Geheimnis, nämlich, daß der Abg. Haaſe politiſche Informationen von der ruſſiſchen Botſchaft erhalten hat. Es iſt aber eine Alltäglichkeit, daß Politiker im Verkehr mit auswärtigen Vertretern Studienmaterial erhalten. Daß Haaſe ſich gegen den Breſter Frieden und die Zuſatzverträge ausgeſprochen hat, iſt allgemein bekannt und Joffe ſagt mit der Betonung dieſer Tatſache in ſeinem Telegramm nichts Neues.

*

Auch der Volksbeauftragte Barth wird ſich wohl bald über die neue Intrige Joffes äußern, deren offenſichtlicher Zweck iſt, die Reichsleitung durch ſchwerſte Kompromittierung ihrer radikalen Mitglieder, die perſönlich unmöglich gemacht werden ſollen, zu ſprengen.

Die Delegation, die keine war!

Weitere Beweiſe.

Das Bureau der Soldatenräte der Eiſenbahntruppen hat an das Bureau des Rätekongreſſes folgendes Telegramm geſandt:

„Eiſenbahnregiment I und IV an der geſtrigen Deputation nicht beteiligt. Antrag von uns nicht unterzeichnet. Proteſtieren dagegen. gez. Stahr, Wenzel."

Die Luftſchiffer-Erſatzabteilung I, Reinickendorf-Weſt, teilt mit, daß auch ſie an der Demonſtration, die die angeblichen Vertreter der Berliner Truppen Dienstag im Rätekongreß veranſtalteten, in keiner Weiſe beteiligt iſt und von dem Unternehmen erſt durch die Zeitungsberichte Kunde erhalten hat.

Die ordnungsgemäß von den Erſatztruppenteilen des Gardekorps gewählten Delegierten erklären hiermit vor aller Oeffentlichkeit, daß ſie keinen Anteil haben an der am 17. Dezember der Regierung von einer angeblichen Deputation einzelner Truppenteile abgegebenen Erklärung im Kongreß der A.- u. S.-Räte im Abgeordnetenhaus.

Sie ſtellen dementſprechend feſt, daß die Truppen des Gardekorps nach wie vor geſchloſſen hinter der Regierung Ebert-Haaſe ſtehen und die eingebrachte Reſolution nicht der Stimmung in der Truppe entſpricht. Einzelne Regimenter haben bereits geſchloſſen gegen dieſe Reſolution demonſtriert.

Der Soldatenrat
des Generalkommandos des Gardekorps.

Die unterzeichneten Obleute aller Depots der republikaniſchen Soldatenwehr erklären, daß ſie der Veranſtaltung im Abgeordnetenhauſe fernſtehen. Ebenſo wenig haben die Soldatenräte vorher irgend welche Kenntnis gehabt. Sie proteſtieren gegen die Machenſchaften der Marinediviſion, die zu einer Störung und Gefährdung der Tagung des Arbeiter- und Soldatenkongreſſes führen muß.

gez. Jung. Kährig. Rudolph. Schröder. Sievert. Garbrecht. Haaſe. Leitke. Köhn. Kretſchmann. Putlitz. Schönfiſch. Schönweiter. Thormann. Winter.

Wie Spartakus ſich Deputationen erſchwindelt.

Mit welchen Mitteln die Spartakiſten arbeiten, um ihre Zwecke zu erreichen, lehrt ein Vorkommnis, über das uns aus der Spandauer Artilleriewerkſtatt Nord folgendes berichtet wird:

Gegenwärtig ſind in der Artilleriewerkſtatt noch 12 000 Mann beſchäftigt. Die von dieſen gewählten Vertrauensmänner lehnten die von den Spartakiſten am 16. Dezember geplanten Demonſtrationen mit 108 gegen 64 Stimmen ab. Von dieſem Betriebe konnte alſo Spartakus für ſpätere Putſche nichts erhoffen. Am geſtrigen Mittwoch, morgens 8 Uhr, fand wiederum eine Vertrauensmännerverſammlung ſtatt. Plötzlich erſchienen zwei Mann, die an die Verſammelten die Frage richteten, ob ſich ein Unabhängiger unter ihnen befände, es handle ſich um eine Delegation, zu der ein ſolcher nötig ſei. Auf die Frage, welche Dinge die Delegation zu vertreten habe, gaben die Leute ausweichende Antworten. Schließlich erklärte ſich ein Unabhängiger bereit, mit ihnen zu gehen. Zu welchem Zweck er ſich mißbrauchen ließ, wird der unabhängige Vertrauensmann wohl erſt richtig erkannt haben, als die Spartakiſten ſich geſtern im Kongreß der A.- und S.-Räte damit dicke taten, daß ſie 12 000 Mann der Spandauer Artilleriewerkſtatt Nord vertreten.

Mit der Demonſtration am 16. Dezember iſt Spartakus hineingefallen, die hat ihm die Mehrzahl der Arbeiter verdorben. Denn auf die Aufforderung, ſich an der Demonſtration zu beteiligen, antworteten viele: morgen, wir gehen bei Muttern! Eine Deputation läßt ſich etwas leichter zuſammenſchwindeln. Wer indeſſen zu dem Mittel der Hinterhältigkeit, der Täuſchung und — wie die Demonſtrationen gezeigt haben — der brutalen Gewalt greifen muß, um ſeine Ziele zu erreichen, ſchaltet ſich aus dem politiſchen Leben ſelber aus.

Keine Demonſtrationsverſammlung in Treptow.

Der Kongreß der A.- und S.-Räte hat beſchloſſen, ſich wegen dringlicher Arbeiten an der für [illegible] früh geplanten Kundgebung im Treptower Park nicht zu beteiligen. Delegierte und Redner ſind am Erſcheinen verhindert. Es iſt eine Vereinbarung zwiſchen den Fraktionen getroffen, daß die Verſammlung nicht ſtattfinden ſoll.

Arbeiter! Folgt den Anordnungen der von Euch ſelbſt gewählten Räte! Es wird [illegible] nicht demonſtriert!

Leo Arons rehabilitiert.

Das Miniſterium für Wiſſenſchaft und Volksbildung hat beim preußiſchen Staatsminiſterium die Rehabilitierung des früheren Privatdozenten Leo Arons von der Berliner Univerſität beantragt. Arons war ſeinerzeit als Privatdozent wegen Bekundung ſozialiſtiſcher Geſinnung aus rein politiſchen Gründen gemaßregelt worden. Deshalb war es ein ſelbſtverſtändliches Gebot der Gerechtigkeit, ihm jetzt Genugtuung zu verſchaffen. Die philoſophiſche Fakultät der Univerſität Berlin hat ſeinerzeit gegen die Maßregelung proteſtiert und die Rehabilitierung warm befürwortet. In Anerkennung ſeiner wiſſenſchaftlichen Verdienſte iſt Leo Arons der Profeſſortitel verliehen worden.

Die weſtfäliſch-lippiſche Rätekonferenz für frühere Konſtituantwahlen und die Vollzugsgewalt der Reichsregierung.

Bielefeld, 18. Dezember. Die Rätekonferenz von Oſt-Weſtfalen und den lippiſchen Freiſtaaten verlangt einen früheren Wahltermin für die Nationalverſammlung und fordert, daß die vollziehende Gewalt ausſchließlich der Reichsregierung vorbehalten ſei.

Der Grenzſchutz im Oſten und die Freiwilligen-Armee.

Ein Proteſt des Zentralrates der Oſtfront.

Gegen die Angriffe, die die „Leipz. Volkszeitung" gegen die „gegenrevolutionäre Freiwilligen-Armee im Oſten" gebracht, wendet ſich ein Proteſt des Zentralſoldatenrats der Oſtfront, den dieſer der „L. V." telegraphiert hat und aus dem wir folgendes entnehmen:

„Was gegen die revolutionäre Stellungnahme des Zentralrates geſagt wird, iſt uns zu unweſentlich, um dagegen Stellung zu nehmen. Die entſchieden revolutionäre Haltung des Zentralrates, ſeine wiederholten Proteſte gegen jede gegenrevolutionäre Maßnahme, ſeine Stellungnahme gegen die Einberufung des Reichstages ſind Zeugnis genug der hier herrſchenden Geſinnung. Mit Energie aber muß dagegen Stellung genommen werden, daß die Freiwilligenwerbung für den Oſten ſich irgendwie als gegenrevolutionäre Maßnahme darſtelle. Wenn Ihnen die Verhältniſſe im Oſten bekannt wären, würde eine derartige Aeußerung unmöglich geweſen ſein. Es ſtehen noch über 400 000 Mann an der Oſtfront, davon über 200 000 weit ſüdöſtlich in der Ukraine. Nur ein Schienenſtrang ſteht zur Beförderung dieſer großen Ukrainearmee zur Verfügung. Dieſer muß unbedingt geſichert werden, um die Kameraden ungefährdet herauszuſchaffen. Glauben Sie, daß es möglich iſt, unſeren 45jährigen Landſturm ſolange an der Bahn ſtehen zu laſſen, bis der letzte Zug aus der Ukraine herausgerollt iſt? Wir brauchen die Freiwilligen ausſchließlich zum Schutz der Bahnlinien, damit wir auf dieſen die Menſchen und das hochwertige Material ſchnell und reſtlos nach Hauſe bekommen. Kein deutſcher revolutionärer Soldat im Oſten denkt daran, ſich in die innerpolitiſchen Verhältniſſe der Randvölker einzumiſchen."

Revolution und Nationalverſammlung.

Ein Vortrag Noskes.

So lautete das Thema des Vortrages, den unſer Genoſſe Noske am Mittwochabend in dem von Anhängern aller Parteien ſtarkbeſuchten Saale der Singakademie hielt. In Kiel, ſo führte Noske aus, iſt mehr Blut in der Revolution gefloſſen, als in Berlin, aber die Kieler Matroſen und Arbeiter haben im Gegenſatz zu den Berlinern ſehr ſchnell begriffen, daß Ordnung herrſchen und daß man an das Alte anknüpfen muß, wenn man neue Zuſtände ſchaffen will. Sehr eingehend beſchäftigte ſich Noske mit den Streiks. Die Dinge liegen jetzt ſo, daß auch die Betriebe, die während des Krieges die größten Gewinne erzielt haben, bald nicht mehr imſtande ſein werden, weiter produzieren zu laſſen. Die Gefahr, die der Revolution von den heimkehrenden Offizieren droht, wird ganz unangebrachter Weiſe überſchätzt, aber Arbeitsloſigkeit, Hunger und Enttäuſchung, das ſind die Mächte, die wahrhaft konterrevolutionär wirken.

In der ſehr lebhaften Ausſprache ſtimmten faſt alle Redner in dem Verlangen des baldigen Zuſammentritts der Nationalverſammlung überein, und der Unabhängige, der es unternommen hatte, den Nachweis zu führen, daß das Volk nicht genügend aufgeklärt ſei, erntete ſtürmiſchen Widerſpruch.

Ein Konferenz für bleibende Menſchheitsintereſſen.

Völkerbund und Dauerfrieden.

Auf Anregung von ſchweizeriſcher, holländiſcher und ſkandinaviſcher Seite ſoll Anfang Januar in Bern eine Konferenz von Verbänden zuſammentreten, die die bleibenden Menſchheitsintereſſen bei der bevorſtehenden Liquidation der Weltkriſe wahren wollen.

Man geht dabei von der Vorausſetzung aus, daß nun nach der Niederwerfung des die Freiheit der Völker bedrohenden preußiſchen Militarismus die Bahn frei iſt für Völkerbund und Dauerfrieden, daß man aber wachſam darauf achten müſſe, daß nicht die Sieger im Rauſch des ſchwer errungenen Erfolges und eigenen großen Siegesziels vergeſſen.

Die zweckdienlichen völkerrechtlichen Garantien für Bewahrung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Völker ſollen von der Konferenz in kritiſcher Prüfung der verſchieden gearteten Vorſchläge ausgearbeitet werden.

Gewerkſchaftsbewegung

An die Angeſtellten-Ausſchüſſe Groß-Berlins.

An der zu Freitag, den 20. Dezember abends 6 Uhr, im Roſenthaler Hof, Roſenthaler Str. 11/12, einberufenen Sitzung der Angeſtellten-Ausſchüſſe nehmen auch die von uns beſtätigten Angeſtellten-Ausſchüſſe teil. Durch ein Verſehen iſt unſere Unterſchrift in der Einladung fortgeblieben.

Verband der Bureauangeſtellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.
F. Krüger.

Iſt für den Lohnausfall an den Revolutionstagen Entſchädigung zu leiſten?

Mit dieſer Frage hatte ſich kürzlich das Berliner Gewerbegericht, Kammer 4, zu beſchäftigen. Ein Korbmacher verklagte ſeine Firma auf Erſetzung des Lohnausfalles von 12,80 M., den er durch den 11. November, an welchem Tage er nicht gearbeitet, erlitten hat. Er berief ſich dabei auf eine behördliche Verordnung, wonach die Arbeitgeber verpflichtet ſeien, den Lohn für die beiden Revolutionstage (9. und 11. November) auch bei Ausſetzen der Arbeit zu zahlen. Der Kläger wurde mit der erhobenen Klage koſtenpflichtig abgewieſen. In der Begründung des Urteils wird folgendes ausgeführt:

Das Gewerbegericht hat zur generellen Feſtſtellung des Wortlauts und der Veröffentlichungsart dieſer Verordnung unter dem 27. November d. J. das Reichs-Juſtizamt um Auskunft erſucht und unter dem 6. Dezember folgende Mitteilung des Staatsſekretärs des Reichs-Arbeitsamts erhalten:

I. 3892 zu G. Nr. 744 Gew.-Ger. 18.

Ihr an den Herrn Juſtizminiſter gerichtetes Schreiben vom 27. November iſt mir zur Erledigung überwieſen worden mit der Verfügung, daß Verordnungen im Sinne Ihres Schreibens dort nicht bekannt ſind. Seitens des Reichsarbeitsamts ſind Verordnungen, wie ſie in Ihrem Schreiben erwähnt ſind, nicht erlaſſen worden. Es handelt ſich bei der Bezahlung der Arbeitstage am 9. und 11. November wahrſcheinlich um eine Verordnung des Vollzugsausſchuſſes der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dieſelbe iſt weder im „Reichsgeſetzblatt" noch im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.

In Vertretung (gez.) Giesbert.

Tatſächlich iſt ein Plakat an den Anſchlagſäulen in Berlin angebracht geweſen, das die Verpflichtung zur Lohnzahlung für den 9. und 11. November — auch wenn nicht gearbeitet iſt — anordnet. Nach der amtlichen Auskunft des Reichsarbeitsamts kann dieſem Verordnungsanſchlag eine rechtliche Wirkſamkeit nicht beigemeſſen werden. Die Revolution hat die Geſetzgebungs- und Verordnungsbefugniſſe für das Deutſche Reich nicht berührt. Erſtere liegt in der Hand der Regierung — natürlich der neuen, d. h. der Volksbeauftragten — unter Zuziehung der Volksvertretung; letztere ſteht dem Bundesrat und den der Regierung unterſtellten behördlichen Inſtanzen zu. Der Vollzugsausſchuß der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte gehört zu dieſen verordnungsberechtigten Amtsſtellen nicht. — Als eine Verordnung für den Stadtkreis Berlin kann jenes Plakat gleichfalls nicht angeſprochen werden, denn das Polizeipräſidium beſteht unverändert, und keine ſeiner Befugniſſe iſt dem Vollzugsausſchuß übertragen. Eine rechtliche Wirkung kann den Anordnungen des letzteren daher auch in dem beſchränkten lokalen Umfange nicht beigemeſſen werden.

Die rechtliche Unwirkſamkeit der Verordnung tritt auch ſchon darin zutage, daß eine ordnungsmäßige Publikation — im „Reichsgeſetzblatt" oder „Reichsanzeiger" nicht ſtattgefunden hat, wodurch eine rechtliche Gültigkeit ſchon formell ausgeſchloſſen iſt.

Bezeichnend iſt es übrigens, daß das Reichsarbeitsamt eine beſtimmte Auskunft über die Autorſchaft der Verordnung nicht zu geben vermag, ſondern ſie dem Vollzugsausſchuß der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte nur als wahrſcheinlich zuſchreibt.
gez. Dr. Leo.

Die Revolution und die Eiſenbahnbeamten

war das Thema, das in einer im „Börſenreſtaurant" auf dem Zentralviehhof ſehr ſtark beſuchten Verſammlung der Eiſenbahnbeamten des Direktionsbezirks Berlin Genoſſe **Wuſchick** behandelte. Seine Ausführungen fanden ſtürmiſchen Beifall. In der ſehr lebhaften Ausſprache zeigte es ſich, daß die Mehrzahl der Beamten durchaus hinter der Regierung Ebert-Haaſe ſteht, obwohl von einem Vertreter des Bundes der Beamten erklärt wurde, daß es für die Eiſenbahnbeamten am beſten wäre, wenn ſie politiſch neutral blieben. Eine Auffaſſung, die bei der Mehrzahl der Anweſenden auf ſtarken Widerſpruch ſtieß. Noch weniger Gegenliebe fanden die Ausführungen eines Redners, der vom Spartakusbund in die Verſammlung entſandt war. Zum Schluß wurde folgende Reſolution einſtimmig angenommen: „Die am 12. Dezember im „Börſenſaal" des Zentralviehhofs verſammelten feſtbeſoldeten Eiſenbahnbeamten und -beamtinnen erklären, daß ſie feſt zur jetzigen Regierung Ebert-Haaſe ſtehen, die ihnen Verbeſſerung ihrer Lage und Sicherung ihrer Rechte gewährleiſtet. Insbeſondere iſt der Zuſammenſchluß aller Eiſenbahnbeamten in der Organiſation der Eiſenbahner, dem Deutſchen Eiſenbahnerverband, und der Anſchluß an die Sozialdemokratiſche Partei Deutſchlands dringend erforderlich, um die Früchte der Revolution vom 9. November zur Reife zu bringen. Weiter wird die Erwartung ausgeſprochen, daß für die wirtſchaftliche Sicherſtellung der Beamten und Beamtinnen alles Notwendige getan wird, um ihnen über die gegenwärtige ſchwere Zeit hinwegzuhelfen und dadurch auch einen geordneten Eiſenbahnbetrieb zu ermöglichen."

Achtung! Böttcher und Brauereiarbeiter!

Die Brauereien Berlins haben auf unſere Forderung — der gegenwärtig zur Auszahlung gelangende Wochenlohn beträgt 70 M. und einige Pfennige — eine völlig ablehnende Haltung eingenommen und die Verhandlungen abgebrochen.

Sämtliche Brauereiböttcher ſind ſeit dem 17. Dezember im Ausſtand.

Brauereiarbeiter! Achtet darauf, daß in Euren Betrieben **keine** Böttcherarbeit gemacht wird.

Die Streikleitung der Brauereiböttcher.

Verſicherungsangeſtellte! Seit längerer Zeit ſchweben zentrale Verhandlungen zwiſchen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Zentralverband für Privatverſicherung für Groß-Berlin. Damit ſoll die Wiedereinſtellung der Kriegsteilnehmer, die Regelung der Frage der Entlaſſungen, ſowie die Zahlung einmaliger Entſchuldungsſummen zum Abſchluß gebracht werden. Die Verhandlungen ſollen bis Freitagmittag beendet ſein. Es wird darüber in einer Verſammlung aller Angeſtellten der Verſicherungsbranche am **Freitag, den 20. Dezember**, nachmittags 4½ Uhr, im Luſtgarten (Nationalgalerie) Bericht erſtattet werden.
Zentralverband der Handlungsgehilfen, Sektion der Verſicherungsangeſtellten.

Die Maßregelung eines Angeſtelltenrats-Mitgliedes bei der Firma Fritz Werner A.-G. in Berlin-Marienfelde ruft unter den dortigen Angeſtellten eine gewiſſe Empörung hervor. Nachdem nach längeren Verhandlungen und erſt nach Androhung der paſſiven Reſiſtenz der Chef obiger Firma ſich bequemte, den Angeſtelltenrat zu empfangen, hatte die am 17. Dezember ſtattgefundene Konferenz folgendes Reſultat: Herr Werner lehnte von vornherein jede Verhandlung ab, mit der Begründung, daß Herr Ingenieur Otto Meyer, Mitglied des Angeſtelltenrates an der Verhandlung nicht teilnehmen dürfe und er kündigte denſelben ſofort. Als Begründung dieſer Maßregelung betonte er, daß M. ſeine Pflichten der Firma gegenüber nicht erfüllt habe. Es wurde nun der Beweis erbracht, daß dieſe Behauptung in keiner Weiſe zutrifft und in einer Verſammlung der Angeſtellten am gleichen Tage wurde feſtgeſtellt, daß Herr Meyer das volle Vertrauen der Angeſtellten beſitzt. Infolgedeſſen wurde in einer Reſolution zum Ausdruck gebracht, daß die Angeſtellten dieſe Maßregelung auf das allerentſchiedenſte mißbilligen.

Die Maßregelung dürfte wohl darauf zurückzuführen ſein, daß der jetzige Ausſchuß der Firma nicht genehm iſt. Der vorherige vertrat lediglich die Intereſſen der Firma und wurde von der Gewerkſchaft nicht anerkannt. Bemerkt ſei noch, daß die Firma Fritz Werner durch den Krieg ſehr gut verdient hat, gleichwohl macht ſie ihren Arbeitern und Angeſtellten bei Bewilligung von ganz beſcheidenen Lohn- und Gehaltsforderungen ſtets die größten Schwierigkeiten.

Die Lage in den Kohlenrevieren.

In Oberſchleſien ſind am Dienstag 5414 Kohlenwagen geſtellt, geſtern morgen 5157 Eiſenbahnwagen angefordert worden (gegen normal 12 000 während des Krieges).

Im rheiniſch-weſtfäliſchen Bergbaurevier ſind am Dienstag 14 598 Eiſenbahnwagen verladen worden (gegen normal 25 000 im Kriege). Die Verladung iſt damit gegenüber der Leiſtung in den letzten Tagen wieder zurückgegangen. Die Streikbewegung hat weiter um ſich gegriffen, die Anzahl der Ausſtändigen hat ſich geſtern auf 24 142 gegen 17 259 am Tage vorher erhöht. Stellenweiſe ſind Gewalttätigkeiten vorgekommen.

Eſſen, 18. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Streiklage im Ruhrgebiet hat ſich etwas gebeſſert. Heute morgen fuhren mehrere Tauſend Mann mehr als geſtern an. Die Bewegung hat auf den Bottroper Bezirk übergegriffen.

Induſtrie und Handel.

Die Börſe.

Die Börſe war unter dem Einfluß der trübſeligen innerpolitiſchen Vorgänge recht **ſchwach**.

Das Aufnahmeſyndikat, das ſeit einigen Monaten an der Berliner Börſe tätig iſt, beabſichtigt, wie der „Börſenkurier" meldet, ſich in der nächſten Zeit eine feſtere Form zu geben, und zwar dürfte eine **Aktiengeſellſchaft** mit einem Kapital von 20 bis 25 Millionen Mark gegründet werden, von denen 25 Proz. eingezahlt werden ſollen. Dieſer Plan hängt damit zuſammen, daß man auf eine längere Dauer des Syndikats rechnet. Denn es iſt zunächſt nicht beabſichtigt, die in der letzten Zeit aufgenommene Ware, die zum Teil bereits jetzt mit Verdienſt abgeſtoßen werden könnte, auf den Markt zu bringen. Die 12 in dem Konſortium zuſammengeſchloſſenen Banken und Bankfirmen gehen bei dieſem neuen Plan auch von der Erwägung aus, daß durch dieſen Zuſammenſchluß vom Markte der Druck genommen werden könnte, der aus der Angſt ſich ergibt, die Beſtände des Konſortiums ſeien nur aufgenommen, um bei der erſten ſich bietenden Gelegenheit wieder abgeſtoßen zu werden. Die Form einer Aktiengeſellſchaft dürfte gewählt werden, weil dieſe eine größere Publizität gewährleiſtet und durch ihre Bilanzen eine gewiſſe öffentliche Kontrolle des Effektenbeſtandes und der Kredite möglich macht. Dieſe Kredite ſollen pro rata der Beteiligung am Aktienkapital gegeben werden. Uebrigens ſieht, wie wir dazu noch hören, das Aufnahmekonſortium ſeine Tätigkeit keineswegs als abgeſchloſſen an, es würde vielmehr ſowohl dieſem wie der neu zu gründenden Aktiengeſellſchaft die Möglichkeit weiteren Eingreifens jederzeit verbleiben.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenſtraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

A. Wertheim G. m. b. H.
Leipziger Str. (Verſand-Abtlg.) Moritzplatz. Königſtr. Roſenthaler Str.

Romane.
Jeder Band geſchmackvoll gebunden.
Bernhard, Guiſeppe ...... M. 6.05
Boy-Ed, Die Opferſchale ... M. 7.70
Courths-Mahler, Die ſchöne Unbekannte M. 2.05
" Arme kleine Anni M. 6.60
" Ich laſſe Dich nicht M. 6.60
" Liſelottes Heirat M. 3.85
" Auf falſchem Boden M. 3.85
" Meine Käthe .. M. 2.05
" Die wilde Urſula M. 5.50
" Adoptivtochter . M. 6.60
" Aus erſter Ehe . M. 5.50
Engel, Die Herrin und ihr Knecht M. 8.45
Frieſen, Der jungen Seele bitteres Weh M. 4.40
Golberg, Otto von Die werdende Macht M. 6.60
Lehne, Edith Bürckners letzte Liebe M. 5.50
" Die Schuld .... M. 5.50
" Des Herzens Not .. M. 5.50
" Die Theaterprinzeſſin M. 3.85

Klaſſiker
Neue illuſtr. Prachtausgabe in Originalband geb. Lexikon-Oktavformat. Preis p. Band nur M. 4.10
Arndt, E. M., Geſammelte Werke. 1 Band.
Freiligrath, F., Werke. Illuſtriert von Herm. Tiſchler. 1 Band.
Goethes Meiſterwerke. Mit Vorwort und Biographie von Profeſſor Dr. A. Macke. Illuſtrationen v. Prof. v. Kaulbach 2 Bände.
Hauffs Werke. Reichhaltig illuſtr. 2 Bände
Hebbel, F., Werke. Mit 115 Illuſtrationen erſter Künſtler. 1 Band.
Hoffmann v. Fallersleben, H., Werke. Herausgegeben von Dr. A. Macke. Illuſtriert von Herm. Tiſchler u. F. H. Ehſ. Geſammelte Werke. Illuſtr. v. Freiherr A. Ramberg 1 Bd.

Modernes Antiquariat
Ullſtein Weltgeſchichte, Halbleder gebunden 6 Bände nur .... M. 210.—
Meyers Großes Konverſations-Lexikon, Kriegsausgabe 24 Bände nur .. M. 450.—
Schloſſers Weltgeſchichte, Halbleinen geb. 20 Bände in 10 Bände geb. nur M. 72.50
Kunſtgeſchichte der Renaiſſance. Architektur, Plaſtik, Malerei, v. Dr. Alwin Schultz. Mit 732 Abbildungen im Text und auf 122 Tafeln in Gravur und Kunſtholzſtich. 2 Bände eleg. in Halbl. geb. ſtatt M. [illegible] nur M. 14.50
Länder- und Völkerkunde. In 2 Bänden mit etwa 1000 Abbildungen im Text, zahlreiche Tafeln in Schwarz- und Farbendruck. Eleg. i. Leinen geb. ſtatt M. 18.— nur M. 7.50

Geſchenkliteratur

Klaſſiker
Neue illuſtrierte Prachtausgabe in Originalband gebunden. Lexikon-Oktavformat. Preis pro Band nur M. 4.10
Lenau, N., Werk. Herausgegeben von Profeſſor Dr. A. Macke. Illuſtriert von Hans Tiſchler. 1 Band.
Reuter, F., Werke. Herausgegeben von Profeſſor Dr. A. Macke und Auguſt Hundmann. Mit Original-Illuſtrationen von Conrad Beckmann und Herm. Tiſchler. 2 Bände.
Shakeſpeares Werke. Mit Illuſtrationen von Prof. W. Kaulbach u. a. Vorwort und Einleitung von Prof. Dr. Macke. 2 Bände.
Schillers Werke in 12 Bänden. Mit einer Einleitung v. H. Tiſchler in 1 Bd. geb. nur M. 15.—

Romane.
Jeder Band geſchmackvoll gebunden.
Lewald, E., Unter den Blutbuchen M. 6.60
Philippi, Cornelie Arendt ... M. 6.60
" Jugendliebe ..... M. 6.60
" Hotel Gigantic ... M. 6.60
" Die Ehrenreichs ... M. 7.70
Sonnenthal-Scherer, Ein Frauenſchickſal im Kriege ...... M. 6.15
Speckmann, Heidehof Lohe .. M. 6.60
Skowronnek, Die Liebſchaften der Käthe Keller .... M. 7.70
Skowronnek, Der graue Stein M. 8.25
Stratz, Das freie Meer .... M. 9.85
Wohlbrück, Die goldene Krone M. 6.60
" Der große Rachen M. 7.70
Zapp, Der holde Schein .... M. 6.60
Zobeltitz, Die Junker ...... M. 8.25

Spezialbehandlung
v. Haut- u. Geſchlechtsleiden jeder Art, bei Männern und Frauen, ſpez. veraltete (chroniſche) Harnleiden, Ausflüſſe nerv. Schwäche uſw. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutunterſ., elektr. u. med. Bäder, Licht- u. Finſen-Behandlung. Ohne Berufsſtörung. Aerztlich geleitete Heil-Anſtalt 274/12*
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9–1, 4–6, Sonntags 9–1

Geſchlechtskranke
verlangen im eigenen Intereſſe, um ſich vor minderwertigen Heilverfahren zu ſchützen, meine aufklärenden Broſchüren über Geſchlechtskrankheiten (Tripper, ſonſtige Harnleiden, Syphilis, Blutunterſuchungen uſw.), wirkungsvolle und wertvolle Heilverfahren in verſchloſſenem Kuvert. Preis 1 M.; ebenſo in den Sprechſtunden erhältlich. Weitere mündliche Auskunft koſtenlos. 1490*
Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt,
Berlin, Potsdamer Str. 117, an d. Lützowstr.
Sprechſtunden: ½12–2 mittags und ½6–½10 abends, Sonntags ½11–1.

Erstes und ältestes Kur-Institut „Löser"
Spezial-Behandlung
v. frischen u. veralteten Haut- u. Geschlechtsleiden jeder Art, spez. chronischer hartnäckiger Harnröhr.-Ausflüsse, Blasen-, Nieren-, Nerven-, Manneschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verb. m. Ehrlich-Hata-Kuren. Röntgen-Laborat. Blutuntersuch. Quecksilber-Entziehungskur. i. eig. Kur Bad, get. Räume für Damen Honorar mäßig! 20jähr. Praxis!
Dir. Löser senior u. die spezialärztliche Anstalts-Leitung
nur Rosenthaler Str. 69-70 nahe Rosenthaler Platz Spr. 9-1, 4-8, Sonntg. 9-1.

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
bei Männern und Frauen,
Harnröhrenausflüsse, Syphilis Mundausbrüche, Flechten Beinleiden, Männerschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw.
n. Primararzt Dr. Hermanns erfolgreich. Heilverfahren
mögl. schnell, schmerzl., ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glänzend bewährt. künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Sanabo-Behandlg.
Dir. Hermanns Elsasserstr. 42 I. (4 Min. v. Stett. Bhf.) Sprechst. 10-12, 4-7½, E. Friedrichstr. Sonnt. 10-12 U. vorm.

Margraf & Co
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 18a
Juwelen
Spez: Perlenketten

Spezial-Behandlung
für Geſchlechtsleiden jeder Art bei Männern und Frauen Ausflüsse, spez. veraltete Leiden, Syphilis. (elektr. Durchleucht.), Blasen-, Nierenl., ohne Berufsstörung.
Ostheim, Alte Schönhauser Str. 35 9–1, 5–8, Sonnt. 9–2.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden
o. Quecksilb., o. Einspritz., Blut-, Urinuntersuchungen
Syphilis
Behandlung nach d. neuen wissenschaftlich. Methoden ohne Berufsstörung
Spezialarzt Dr. med. Hollaender,
BERLIN W 8, Leipziger Str. 108. Fernsp. Zentr. 9371
HAMBURG, Colonnaden 26.
Täglich 11–1, 5–7. Sonntags 11–1. 131L*

Vom Felde zurück übe ich meine Zahnpraxis wieder persönlich. Habe für meine Patienten [illegible] verfallen (so gut wie in Friedensz.) gesichert. Zahnziehen, [illegible] Reparaturen u. Umarbeit. Sprechz. 9–1 4–7½
Eckstein, Wallstr. 1, Eing. Spittelm.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.
für Syphilis Harn-, Frauenleid., ſpez.: chron. Fälle. Schmerzloſe, ſichere Behandlg. ohne Berufsſtörung. Blutunterſuchg. Mäß. Preiſe. Teilzahlung. Spr. 10–1 und 5–8, Sonnt. 11–1.

Spez.-Behandlung
Haut-, Harn-, Geſchlechts-, Frauenleiden.
Schnelle, ſichere Behandlung ohne Berufsſtörung 17jährige Praxis. 5172*
Kühn, Andreasſtraße 75, Ecke Breslauer Straße, dicht am Schleſiſchen Bahnhof. Sprechſt. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-12.

Spezialarzt Dr. med. Geyer,
Syphilis, Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Beinkranke, Blutuntersuchung, Behandl. sich., schmerzl. u. ohne Berufsstör. Teilz. Sep. Damenz.
Friedrichstr. 131 a. d. Karlstr. Sprechst. 9-1 4-8. (Sonntags 10-1 Uhr.)

Ich prakt. jetzt dauernd hier
Dr. med. Edwin Silbermann
Arzt für innere Krankheiten
(früher Bad Kudowa)
Charlottenbg., Berliner Str. 144.
Sprechst. 10–11, 4–5½.

Spezialarzt
Dr. med. Haedicke
Haut-, Harn-, Geschlechtsl. Blutuntersuchg. Friedrichstr. 187-188 (a. d. Mohrenstraße, Untergrdb.), 11-1, 5-7, Stg. 11-1.

Aus dem Felde zurück:
Dr. Gustav Joseph,
Arzt f. Herz-, Magen- u. Darml. Verzg. v. W., Tauentzienſtr. 18a nach W., Kleiſtſtr. 23, am Wittenbergplatz. Telef. bis 1. Jan. 1919: Nollendorf 8210, alsd. Nollendf. 777.

Aus dem Felde zurück
Dr. Heinemann,
Spez.-Arzt f. Kinderkrankheiten, Neukölln, Ganghoferſtr. 1. Sprechſt. f. Private: 4½–5½, f. Kaſſenkranke: 5–6, 6–7 (außer Mittwoch nachm.). Sonntags nur in dring. Fällen von 9–10 Uhr. 723

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor.
Sprechst. 11-1, 5-8, Syphilis, Harn- u. Frauenl., Blutunt. Schnelle sich., schmerzl. Heil. ohne Berufsstör. Teilzahlung.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
Friedrichstraße 91/92, an der Dorotheenstr. Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Sex. Neurasthenie. Kurze Behandlg. ohne Berufsstörung. Teilz. Harn- u. Blutuntersuch. Sprechst. 10-1, 5-8. Sonntags 10-1. Tel. Zentr. 8879. [173L*

Spezialarzt
Dr. med. Caabs
beh. schnell, gründlich, möglichst schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankh., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobteste Method. Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 24/26, Bahnhof Alexanderpl. Spr. 10–1 u. 5–8, Sonnt. 10–1.

Praxis aufgenommen
Dr. Wollenberg
Kaiſer-Allee 176. [172/3*

Zurück: Dr. med. Drews, Hautarzt. Priv.: Neue Winterfeldtſtr. 32. Kaſſenpraxis: Alte Schönhauſer Str. 32. [233/7*

Habe meine Praxis wieder aufgenommen. 172/20
Dr. E. Jungmann,
Burgſtr. 4 — Poſtſtr. 10.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
f. Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden nervöse Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Christbaumkerzen
en gros und detail.
W. Prachet, Berlin W 57, Steinmetzstr. 42, II.

Prima Alaskafüchse, Reisemuster, Kragen u. Muffen preiswert abzugeben. W., Elßholzstr. 8, hochp. l.

St. Heyke,
Auktionator,
Berlin W, Schillſtraße 3, Kurf. 2260. 159/7*
Übernimmt Auktionen aller Art zu kulanteſten Bedingungen.
Sachgemäße Schätzungen.
Gewiſſenhafte Erledigung.
Allerbeſte Referenzen.

Weihnachtsaufträge jetzt erbeten!
Ia Velourhüte 48 M.
und Prima Reiher
Rest-Verkauf
Lindeka, C. Roſenthaler Straße 36,
2. Geschäft Grunewaldstr. 36
Ecke Bayerischer Platz.

Wenden, Umarbeiten
v. Anzügen u. Paletots
ſowie Einfärben von Militärhoſen übernimmt 162/14*
B. Lewkowitz,
Alexanderſtr. 14a, I.

Gelegenheitskauf!
Solange Vorrat iſt, verkaufen wir eleg. ſchwarze
Damenpelzkragen
und Muffen, Stück nur 42 M.
Rote Fuchskragen
nur 85 M. 191/15*
A. Klass & Co.,
Große Frankfurter Str. 121, im Hell-Kino.

Weihnachtskerzen!
Achtung!
Händler, Händlerinnen.
Der neue Schlager iſt die neue Chriſtbaumkerze. 173/3
Billigſte Bezugsquelle [illegible]
Sonntag geöffnet.
Burgſtr. 30, Glashaus Börſe.

Friſeurgeſchäft
Wieſenſtr. 20. 207/18